

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 89.

Donnerstag, den 17. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zentrum und Wehrevorlage.

Die „Germania“ kommt in einem als partei-offiziös bezeichneten Artikel auf den Verlauf der ersten Sitzung der Wehr- und Deckungsvorlagen zurück. Der Artikel konstatiert, daß die Vermehrung des Heeres in ihren Grundgedanken bei allen bürgerlichen Parteien unter dem harten Druck der politischen Notwendigkeit eine mehr oder minder bereitwillige Aufnahme gefunden hat. Dann wird erklärt:

„Das wird auch die Budgetkommission des Reichstags zur Grundlage ihrer Beratungen zu machen haben. Sie wird unzweifelhaft die ganze Wehrevorlage nicht ablehnen. Inwieweit sie aber im einzelnen zu Abstrichen kommt, die in dessen den eigentlichen Charakter der ganzen Vorlage wenig zu alterieren geeignet sein dürften, muß der Zukunft vorbehalten bleiben. Daß der Reichstag und insbesondere die Budgetkommission die Forderungen der Wehrevorlage „unbeachtet“ annehmen sollte, wird heute wohl kein ernstlicher Politiker — sei es im Inlande oder im Auslande — mehr erwarten. Die Budgetkommission würde auch die ihr zugewiesenen Aufgaben nicht lösen, wenn sie etwa ihre Beratungen „übers Anie brechen“ und nicht jede einzelne Forderung genau auf ihre Notwendigkeit prüfen wollte. Daß die Budgetkommission dabei im ganzen zu einer Vermehrung der Friedenspräsenzstärke kommen, im einzelnen aber Abstriche an den Forderungen der Regierung machen wird, kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen.“

Man wird nicht erwarten dürfen, daß die Abstriche an der Militärvorlage von erheblicher Bedeutung sein werden. Schon die gegenwärtige Beratung des Militär-Etats zeigt, daß das Zentrum gar nicht daran denkt, ernstlich Abstriche zu machen, die finanziell fühlbar ins Gewicht fallen. Man wird da und dort in einzelnen Fällen etwas herummäkeln, vielleicht auch bei einer Vorlage von 1200 Millionen Mark 10 000 Mark abstrichen, die aber dann totschier im kommenden Jahr als Ueberschreitung nachträglich zu bewilligen sein werden. Die Sparjamkeitstaktik des Zentrums ist nachgerade direkt berichtigt geworden, und die Heeresverwaltung wird sich durch die Androhung der Streichungen nicht im geringsten beschwert fühlen.

Anderes ist es mit der Frage der Deckung. Hier soll daran festgehalten werden, daß die Deckungsfrage unter Ausschluß der Sozialdemokraten gelöst wird. Für direkte Reichsteuern auf Einkommen, Vermögen oder Vermögenszuwachs wird das Zentrum unter keiner Umständen zu haben sein. Der Artikel schließt:

„Hier kann nur darauf gerechnet und muß darauf gehofft werden, daß eine Verständigung unter den Parteien und mit der Regierung möglichst bald in die Wege geleitet wird. Der Liberalismus muß sich auch seinerseits darüber klar werden, daß nur eine geschlossene bürgerliche Mehrheit die Gesamtheit der Wehr- und Deckungsvorlagen vorschlagen kann, und daß es nicht angeht, mit dem rechtsstehenden Teil des Reichstags die Wehrevorlagen zu genehmigen, um dann mit Hilfe der Sozialdemokraten die neuen Steuern zu diktieren. Bestehen aber die Liberalen darauf, dieses unnatürliche Verhältnis herbeizuführen, dann haben sie auch vor dem ganzen deutschen Volke das Scheitern der Wehrevorlage, die nun einmal von den Deckungsvorlagen nicht zu trennen ist, zu verantworten.“

Bemerkenswert ist hierbei eine Schwentung, die die Regierung in den letzten Tagen vorgenommen hat. Zuerst sollte darauf gedrängt werden, daß die Militärvorlage noch vor den Pfingstferien des Reichstages verabschiedet wird. Ganz plötzlich nahm man von diesem Plan Abstand und drängt nun darauf, zunächst einmal den Etat zu erledigen. Die Regierung will sich auf diese Weise offenbar freie Hand schaffen, und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß es nach Pfingsten zu sehr ernstlichen Komplikationen kommen wird. Die Nationalliberalen bestehen zurzeit noch auf der Einführung einer direkten Besitzsteuer, und der in den Reihen der Nationalliberalen sitzende Sachwalter des rheinisch-westfälischen Großkapitals, Abg. Böttger, versucht bereits im „Tag“, dem Zentrum zuzureden, für eine geringe Erbschaftsteuer zu stimmen. Wenn sich aber das Zentrum nicht erweichen läßt, — und das wird es sicher nicht tun — dann liegt es bei den Nationalliberalen, die Entscheidung herbeizuführen. Es steht zu befürchten, daß diese Entscheidung in einem kräftigen Umfalle bestehen wird. Sicher ist jedenfalls so viel, daß die Erledigung der Wehr- und Deckungsvorlagen sich nicht so glatt abspielen wird, wie es von einem Teil der bürgerlichen Presse prophezeit worden ist.

Zum belgischen Generalstreik.

Brüssel, 14. April.

Eine freudige Stimmung herrscht heute abend unter den Parteigenossen, die im Brüsseler Volkshaus und in

den Redaktionsräumen des Peuple, wo der Generatrat der Arbeiterpartei sein Hauptquartier eingerichtet hat, mit den Arbeiten der Streikleitung beschäftigt sind. Der Anfang des Streiks ist ein glänzender Erfolg! Nach einer im Bureau des Streikkomitees gemachten Aufstellung, die auf den durchaus zuverlässigen Informationen des Streikkontrollbureaus aus der Provinz beruht, haben heute zwischen 340 und 350 000 Mann die Arbeit niedergelegt. Man wird die Bedeutung dieser Zahl begreifen, wenn man sie an einigen vergleichbaren Größen mißt: es gibt in Belgien 130 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die der Generalkommission angegliedert sind; der Wahlrechtsstreik von 1893 erreichte nach drei Tagen mit etwa 200 000 Streikenden seinen Höhepunkt, und bei dem zweiten Wahlrechtsstreik im Jahre 1912 stieg die Zahl der Streikenden, die am ersten Tage kaum 150 000 betrug, erst nach drei Tagen auf etwa 300 000. Nach der letzten verfügbaren Gewerbestatistik, die allerdings aus dem Jahre 1896 stammt, gab es damals in Belgien, wenn man von der Hausindustrie abzieht, 682 000 Industrie- und Transportarbeiter und Arbeiterinnen. Man kann annehmen, daß diese Zahl inzwischen auf etwa 800 000 gestiegen ist. Davon kommen allerdings die Eisenbahner, etwa 70 000 an der Zahl, die kein Koalitionsrecht haben und fast gänzlich unorganisiert sind, für einen Massenstreik unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in Betracht; außerdem begegnet die Teilnahme an einem Massenstreik bei dem immerhin noch erheblichen Teil der Industriearbeiterschaft, der in Kleinbetrieben beschäftigt ist, sehr bedeutenden Schwierigkeiten. Im Streikkomitee wurde denn auch damit gerechnet, daß der Streik, wenn alles günstig verlaufe, mit 250—300 000 Mann anfangen und sich im Laufe einiger Tage auf etwa eine halbe Million Arbeiter ausdehnen werde. Die auf den Anfang des Streiks gesetzten Erwartungen sind also nicht nur verwirklicht, sondern sogar um ein Erhebliches übertroffen worden.

Letzteres gilt besonders vom Antwerpener Hafen, dessen Bedeutung für das Wirtschaftsleben Belgiens ausschlaggebend ist und wo die Arbeitsruhe gleich am ersten Tage einen viel größeren Umfang angenommen hat, als man nach dem Stande der Organisation der Hafnarbeiter, von denen erst 5000 organisiert sind, und nach der großen Zahl der dort arbeitenden Arbeiter aus ländlichen Bezirken erwarten zu dürfen glaubte. Hier hat der Streik in der Nacht vom Sonntag auf Montag angefangen. Punkt Mitternacht legten die Arbeiter der Nachtschicht die Arbeit nieder, die Polizei alarmierte sofort das Militär, das eine Stunde später die Kasernen verließ, um im Verein mit der Gendarmerie und einem Teil der Bürgergarde die ausgedehnten Hafenanlagen zu besetzen.

Verhältnismäßig am wenigsten macht sich der Streik in der Landeshauptstadt Brüssel bemerkbar, wo das Straßenbild in den Hauptstraßen sich nur wenig geändert hat, Brüssel ist eben viel mehr Luxusstadt, als Industriezentrum, und die etwa zwanzigtausend Industriearbeiter, die hier streiken, hielten sich absichtlich und der Parole der Streikleitung folgend, in der Nähe der Streiklokale in den Arbeitervierteln auf. Die Straßenbahnen und Kraftdroschken verkehren in normaler Weise; die meisten Straßenbahnwagen sind allerdings nur sehr schwach besetzt, und es fahren viel weniger Lastfuhrwerke wie sonst. Eine Aenderung wird da allerdings eintreten, sobald den Arbeitern der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke das Signal zum Streiken gegeben ist.

In den wallonischen Industriebezirken ist alles wie ausgestorben. Der Straßen- und Kleinbahnverkehr wird morgen aus Mangel an Reisenden zum größten Teil eingestellt werden, die Züge fahren alle so gut wie leer.

Trotz der provokatorischen Maßregeln der Regierung und vieler Lokalbehörden haben die Arbeiter überall die Parole der Streikleitung befolgt, keinerlei Ansammlungen zu bilden, und sich in jeder Hinsicht ruhig zu verhalten. Bis jetzt ist kein einziger Zwischenfall gemeldet worden. Auch in der Hinsicht sind also bis jetzt die Erwartungen unserer belgischen Genossen noch vollständig, als man erwarten zu dürfen glaubte, in Erfüllung gegangen.

Einem Beschlusse des nationalen Streikkomitees gemäß müssen sämtliche im Dienste der Arbeiterbewegung stehende besoldeten Personen (einschließlich der Arbeiter und der Angestellten der Genossenschaften) während der ganzen Dauer des Streiks wöchentlich mindestens die Hälfte ihres Verdienstes an die Streikkasse abliefern. Die Mandatare der Arbeiterpartei, die neben ihren Diäten durch ihren Privatberuf noch über andere Einkommensquellen verfügen, müssen mindestens die Hälfte von ihrem Gesamteinkommen abgeben. Diese Abgaben bedeuten für Brüssel allein eine wöchentliche Einnahme von mindestens 25 000 Franks (20 000 Mark), die der Streikkasse zufließt.

Weitere Zunahme der Streikenden in Belgien.

Brüssel, 16. April.

Der Streik hat heute überall weitere Ausdehnung erfahren. In Brüssel sind heute 25 000 Streikende mehr. Die Gas- und Elektrizitätsbeamten halten heute abend eine Generalversammlung ab. Am Freitag findet in Brüssel eine allgemeine Demonstration der Streikenden statt. In Gent haben die Streikenden heute um 22 600 zugenommen, in Antwerpen um 1200. Am Donnerstag veranstalteten die Antwerpener Hafnarbeiter eine Demonstration. In Louvre und Namur hat der Streik an Umfang bedeutend zugenommen. Im Revier Lüttich streiken heute 6000 Arbeiter mehr, in Brüssel und Lockeren haben heute alle Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Brüsseler Hafen liegt ganz still, ebenso wird im Hafen von Gent nirgends mehr gearbeitet, es laufen dort keine Schiffe mehr ein. In Ansook sind die Arbeiter von drei weiteren Fabriken in den Streik eingetreten, ebenso in Grammont die Arbeiter aller Säbholz- und Zigarrenfabriken. In Charleroi und Borinage ist die Arbeitsruhe absolut auf zwei Hochöfen. Alle Bergwerke, Glasbläsereien, Modellfabriken und Stahlgießereien in der Provinz Hennegau liegen still. Der Regierungsbericht gibt für das Centre-Revier 46 550 Streikende an und 4950 Arbeitende, der Regierungsbericht für Charleroi meldet für gestern 69 750 Streikende; das ergibt einschließlich der Nachtschicht 80 000 Streikende. Für das Lütticher Revier gibt der Bericht für gestern 69 988 Streikende an. Die Zusammenstellung der Regierungsberichte für Montag ergibt 292 000 Streikende. Dieser Bericht ist noch sehr lückenhaft und umfaßt eine große Anzahl Streikender aus verschiedenen Berufsarten nicht. Donnerstags finden die ersten Verschickungen von Kindern statt und zwar von Antwerpen und Verviers aus.

In der Sitzung der Deputiertenkammer, die heute nachmittag stattfand, machte die Haltung der Regierung und der Rechten den Eindruck der Unbefonnenheit und Ueberraschung. Für Donnerstag ist eine Fraktions-sitzung der Rechten einberufen. Es ist heute nicht möglich, die genaue Angabe der Streikenden für heute zu machen; jedoch ist die Zahl von 400 000 um ein Bedeutendes überschritten und eine weitere Ausdehnung noch überall zu erwarten, mit Ausnahme der Reviere von Charleroi und Borinage, wo die Arbeitsruhe bereits absolut ist. Zwischenfälle sind heute nirgends vorgekommen, abgesehen von einer Verhaftung in Ansook, wegen Bedrohung eines Streikbrechers.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Politik des Kanzlers.

Herr v. Bethmann-Hollweg hat gestern eine neue Rede gehalten. Sein Etat stand zur Beratung, und diesmal hatte er Gelegenheit, sich über die Grundsätze seiner inneren Politik zu äußern. Das hat er nun freilich in übermäßiger Bescheidenheit unterlassen. Viel mehr begnügte er sich, auf die Anklagerebe unseres Freundes Gradnauer einige wenige Fragen, die von ihm behauptet waren, herauszugreifen; aber das genügt schon, um den Geist seiner Politik zu kennzeichnen. Seine Bemerkungen über die Ausweitung des Genossen Compere-Morel, seine Verteidigung des Kaisers im Fall Sohst, und die Anschauung, die er über „Unglauben und Vaterlandslosigkeit“ entwickelte, kennzeichnen vollends den reaktionären Inhalt seiner politischen Gedankenwelt. Der Eindruck wurde noch verstärkt durch den nahezu provozierenden Ton, in dem er gegen die Sozialdemokratie sprach.

Genosse Gradnauer hatte den Kanzler in seiner Rede als den Mann des Status quo, des Stillstandes bezeichnet und er konnte nachher aus der Antwort des Herrn v. Bethmann-Hollweg die Bestätigung seiner Auffassung erfahren. Unser Redner kritisierte in scharfer Argumentation und mit präziser Beweisführung die Politik, für die der Reichskanzler verantwortlich ist. Er zeigte die Rückständigkeit unserer ganzen Verhältnisse, die sich der wirtschaftlichen Umgestaltung nicht im geringsten angepaßt haben. Die Beispiele, die er aus der Sozialpolitik, aus der Behandlung des Vereinsrechts, aus der Wirtschaftspolitik anführte, illustrierten die allgemeine Charakteristik des politischen Sammers. Entscheidend wird der Zustand in Deutschland durch das preussische Wahlrecht bestimmt, dessen Reform Gradnauer das Problem der Probleme nannte und er erweckte den lebhaften Beifall unserer Fraktion, als er die unabänderliche Entschlossenheit unterstrich, in jedem Fall mit diesem Wahlrecht aufzuräumen. Das was er unter der Unruhe der Rechten über den Fall Sohst und über die Ratgeber des Monarchen sagte, war nicht weniger geeignet, das Bild von der deutschen Politik zu vervollständigen.

Nachdem der Fortschrittler Piesching sich noch gegen die Maßnahmen der preussischen Behörden gegen Comper-Morel gewandt hatte und nachdem die preussische Außenpolitik von Herrn Morawski kritisiert war, erwiderte Genosse Hüttmann auf die Angriffe des Kanzlers. Seine Begründung des sozialdemokratischen Antrages auf Einführung des Proporzgesetzes zu den Reichstagswahlen war durchaus erschöpfend und mit Geschick vorgetragen. Ebenso wirkungsvoll war die Polemik, die er gegen die herrschende Wirtschaftspolitik führte.

Bei der Abstimmung über den Proporzantrag der Sozialdemokratie stellte sich die Beschlussfähigkeit des Hauses heraus.

Zu Beginn der Sitzung war der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt worden. Genosse Bernheim wandte sich gegen die engherzige Auffassung auswärtiger Politik, wie sie in den Reden der bürgerlichen Fraktionen zum Ausdruck gekommen war. Er hob noch besonders hervor, wie unberechtigt die Ausnutzung des Zwischenfalls in Nancy zu einer chauvinistischen Hege in Deutschland ist. Einige Mitteilungen des Herrn v. Liebert über die Behandlung von deutschen Schiffsjungen durch einen unserer Konsuln gab Veranlassung zu einer Aussprache über die Organisation unseres Konsulatswesens. Ein Regierungsvertreter benützte die Gelegenheit, um sich nach Möglichkeit ungeschickt zu benehmen. Genosse Motkenbührer wies nach, daß an derartigen Mißständen auch die Seemannsordnung mit schuldig ist.

Militärattachés — Duellfrage.

Zu der Dienstadtfrage der Budgetkommission des Reichstages beantragte Genosse Stücklen die Aufwendungen im Betrage von über 40 000 Mark jährlich für den Bevollmächtigten in Petersburg zu streichen, und die Aufwendungen für den Militärattaché in München als künstig wegzufallen zu bezeichnen. Bei allen anderen Staaten unterhalte Deutschland nur Attachés; warum in Petersburg neben dem Attaché noch einen Bevollmächtigten mit Generalsrang? Weil Rußland auch einen solchen hohen Offizier dem deutschen Kaiser attachiert? Auch hier könne und müsse Sparsamkeit geübt werden. — General Wandel befürchtete von der Streichung eine Abkühlung der jetzt innigen Beziehungen zwischen dem Kaiserlichen von Deutschland und Rußland. Der Attaché in München beruhe auf einem Staatsvertrag und habe eine wichtige militärische Position auszufüllen. — Genosse Ledebour bestritt, daß der Militärbevollmächtigte sonderliche Bedeutung für die Beziehungen der beiden Staaten zu einander haben kann; für die politische Betätigung, die nur von einer Stelle aus erfolgen darf, sei der Botschafter da. — Der Kriegsminister verteidigte die beanstandeten Stellen; ihm schloßen sich die Redner aller bürgerlichen Parteien an. — Die Posten wurden gegen die sozialdemokratischen Stimmen bewilligt.

Sodann wurde in die Besprechung der Duellfrage eingetreten. Abg. Gröber begründete folgende Resolution: „Der Reichskanzler wird ersucht, dahin zu wirken, daß gegen Mitglieder militärischer Ehrengerichte, welche von einem Offizier oder Sanitäts-offizier den Zweikampf, die Herausforderung zum Zweikampf oder die Annahme dieser Herausforderung verlangen, nach den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs die Strafverfolgung durchgeführt wird.“ — Hinter § 208 des Strafgesetzbuchs soll folgender § 208a eingeschaltet werden: „Hat der Täter in den Fällen der §§ 205—208 den Zweikampf durch Gebrauch mit der Ehefrau des Gegners oder durch Verführung seiner Tochter oder Schwester, oder durch schwere Beleidigung verführt, so ist an Stelle der Festungshaft auf Gefängnisstrafe von gleicher Dauer und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen.“

Genosse Ledebour bekämpfte diese Anträge wegen ihrer laienhaftigen Fassung. Die schriftlich vom Kriegsminister der Kommission abgegebene Erklärung genüge nicht, wenigstens ein Fortschritt gegen früher zu konstatieren sei dahingehend, daß im allgemeinen der Offizier nicht den Dienst quittieren muß, wenn er aus sittlichen oder religiösen Motiven ein Duell verweigert. Immerhin könne aber der Kaiser noch wie vor wegen Verweigerung der landesgemäßen Benutzung auf Verabschiedung erkennen. Leider sprechen sowohl das Strafgesetzbuch, wie auch die bisher vom Reichstag angenommenen Resolutionen eine Privilegierung des Duellverbrechens aus. Hier müsse der Hebel angelegt werden. Daß auch die Militärverwaltung eine Einschränkung des Duells wolle, sei zugegeben; es komme aber auf die grundsätzliche Verwerfung und Bekämpfung des Duells an. — Abg. Semler forderte ebenfalls Beseitigung aller dazugehörigen Bestimmungen. Er wünschte eine obrigkeitliche genaue Anweisung, wann duelliert werden kann und soll oder nicht. — Genosse Piesching trat den Ausführungen Ledebours bei unter eingehenden kritischen Betrachtungen über das Duell selbst und die Anlässe, die zum Duell führen können. Auf dem Wege des gemeinen Rechts könne unter Aufhebung aller Sonderbestimmungen sehr wohl das Duell erfolgreich bekämpft werden. — Abg. Cziberg verteidigte die Anträge des Zentrums. — Abg. Gothein betonte, daß die Volkspartei den Anträgen des Zentrums nicht zustimmen könne, da sie der präzisen, das Duell wirklich bekämpfenden Fassung entschieden. Es wurde beschlossen, beim Plenum zu beantragen, die strafrechtliche Lösung der Duellfrage einschließlich des gesamten vorliegenden Materials einer besonderen Kommission zu überweisen.

Erhöhung der Beihilfen.

Der Reichsgesetzentwurf, durch den die Beihilfenunterstützung von 120 auf 150 Mark jährlich erhöht werden soll, ist dem Bundesrat endlich zugewandert. Die „Post“ weiß hierzu noch zu melden: „Ob die Mittel durch Beiträge aus anderen Positionen oder auf andere Art gewonnen werden, steht noch dahin und bildet den Gegenstand von Beratungen. Zur Erhöhung der Beihilfen sind etwa 8 Millionen Mark vorzusehen, und außerdem sollen besondere Schritte der Reichsanstalt nach Möglichkeit eine gesetzliche Regelung erfolgen. Hierzu gehört die Frage der Gewährung eines Gaubergquartals für die Beihilfenempfänger, ferner der Fortfall des Nachweises der

Erwerbsunfähigkeit bei der Gewährung von Beihilfen und ebenso der Fortfall der ärztlichen Untersuchung.“

Wer angenommen hat, daß dieser Gesetzentwurf, der solange auf sich warten ließ, nach dem bekannten Sprichwort auch gut sei, irrt sich. Die armen Veteranen müssen auch später noch darben, denn wer soll mit 150 Mark jährlich auskommen können?!

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Mittwoch die Beratung des Etats fort. Beim Etat der Bergarbeiterverhältnisse in Schlefien. Wie schon wiederholt, trat auch diesmal der Handelsminister Dr. Sydow auf die Seite der Unternehmer, indem er die längere Arbeitszeit in Oberschlefien für gerechtfertigt erklärte und auch die Löhne als ausreichend bezeichnete. — Genosse Leinert nagelte diesen einseitigen Unternehmerstandpunkt des Ministers fest. — Beim Etat der Handelsverwaltung setzte sich Genosse Vorchardt mit dem Abg. Dr. Mugdan auseinander, der sich bei der zweiten Lesung des Schutzverbandes gegen die Bäckereiverordnungen angenommen hatte. An der Hand amtlichen Materials wies Vorchardt nach, wie traurig und reformbedürftig die Zustände in zahllosen Bäckereien sind.

Zur erregten Auseinandersetzung kam es beim Etat des Finanzministeriums. Hier unternahmen die konservativen Parteien, unterstützt vom Zentrum und von dem preussischen Finanzminister, einen planmäßigen Vorstoß gegen die Absicht der Mehrheitsparteien des Reichstages, die Wehrvorlagen, die den Reichstag augenblicklich beschäftigen, sozialer zu gestalten. Schon wiederholt hat bekanntlich der schwarz-blaue Block die Tribüne des Abgeordnetenhauses in dieser Weise gemißbraucht. — Gen. Liebknecht hing sofort der Frage die Schellen an und zwang auf diese Weise die bürgerlichen Parteien, Farbe zu bekennen. Die Reden, die von den Konservativen und dem Zentrum sowie von der Regierung bei dieser Gelegenheit gehalten sind, werden uns wertvolle Waffen im bevorstehenden Wahlrechtskampf sein.

Noch eine ungültige Reichstagswahl?

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit der Wahl des national-liberalen Reichstagsabgeordneten Kölsche, der im 7. badischen Kreise Kehl-Offenburg gewählt wurde. Die Beweiserhebungen haben in mehreren Fällen die Protestpunkte bestätigt. Dadurch ist Kölschs Wahl noch mehr erschüttert worden; es mußte ihm noch eine ganze Anzahl Stimmen abgezogen werden. Voraussetzlich wird die Wahl für ungültig erklärt werden.

Die Gehaltsforderung des Königs von Württemberg.

Die Erhöhung der Zivilliste des Königs von Württemberg um 350 000 Mark kam in der Dienstadtfrage des württembergischen Landtags zur ersten Beratung. Während die Regierung auf eine nähere Begründung verzichtete, um den bürgerlichen Parteien mit ihrer Zustimmung zur Verweigerung an einen Ausschuß die prinzipielle Zustimmung zu der Vorlage zu verkürzen, nahm unser Fraktionsredner Keil Stellung zur Gehaltsforderung. Er bezweifelste zunächst die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Vorlage, da nach § 104 der Verfassung die Zivilliste jeweils auf die Dauer der Regierungszeit des Königs festgelegt wird. Weiter setzte er der Vorlage unsere republikanische Auffassung entgegen. Er untersuchte auch die Frage, ob bei der Entwicklung der Verhältnisse im deutschen Reich die Souveränität der bundesstaatlichen Landesfürsten noch so hoch zu bewerten sei wie vor 40 Jahren und verneinte diese Frage. Der Vorwurf der Vielgestaltigkeit der deutschen Bundesstaaten sei geschwunden, die Bundesstaaten würden mehr und mehr in Provinzen des deutschen Reiches, richtige in preussische Provinzen verwandelt. Der Redner ging weiter auf die sozialen Verhältnisse der Bevölkerung des Landes ein und stellte die dürftigen Einkommen der großen Masse der Bevölkerung auf der einen Seite und die unzulängliche Erfüllung der Kulturaufgaben der gewaltigen Forderung der Regierung für die Zivilliste gegenüber. Unser Redner gab der Regierung den Rat, wenn die Mittel der Zivilliste zur Aufbesserung der Löhne des Personals der Hofverwaltung nicht ausreichen, eine Vereinfachung des Verwaltungsapparates durchzuführen. Er stellte ferner die zahlreichen großen Bezüge der Krone auf Staatskosten auf und legte dar, daß die monarchische Staatsform außerordentlich kostspielig sei; mit dem zehnten Teil der Summe, die für die Hofhaltung im engeren Sinne zur Verfügung sei, könne ein durch das Volk an die Spitze des Staates gestellter Repräsentant glänzend ausgestattet werden. Schließlich appellierte unser Redner an die bürgerliche Linke, daß sie gemeinsam mit der Sozialdemokratie die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme der Vorlage vereiteln möchte.

Die bürgerliche Linke, die Volkspartei, hatte nicht mehr das Bedürfnis, zu reden. — Ein Zentrumsabgeordneter betonte, die Erhöhung der Zivilliste sei nur eine Konsequenz der allgemeinen Staatsbeamtenaufbesserung vor zwei Jahren. — Der Finanzminister und der Ministerpräsident nahmen das Wort, um den Eindruck der sozialdemokratischen Rede zu verwischen, erhielten aber von unserem Redner eine klare und bestimmte Antwort. — Gegen die Stimmen unserer Fraktion wurde beschlossen, die Vorlage an einen Ausschuß zu verweisen.

Rußland.

Ein Komitee der politischen Gefangenen. Die sozialdemokratische Dumafraktion hat dieser Tage folgende Mitteilung über die Zustände in der Schlüsselburg gemacht: „Die politischen Gefangenen in Schlüsselburg — heißt es in dieser Mitteilung — bitten die sozialdemokratische Fraktion dringend, ihre Aufmerksamkeit auf die schwere Lage der Gefangenen zu lenken und die russische Gesellschaft von der Dumatribüne vor nachdrücklichem Kennnis zu setzen. Die Karzerstrafe ist in Schlüsselburg zu einem System erhoben. Man wird dort für jede Kleinigkeit eingesperrt, keine

Krankheit rettet vor der Karzerstrafe. Selbst Kranke, die an Epilepsie, Herzerweiterung, Tuberkulose usw. leiden, kommen in den Karzer. Als im Juni v. J. ein Protest der Gefangenen wegen der Durchpeitschungen und der grausamen Behandlung stattfand, brachen viele von den zum Karzer Verurteilten noch vor Ablauf der 30tägigen Straffrist zusammen. Einige Gefangene, wie z. B. Saposhnikow, Engelhardt, Lammin und Bismentschuk mußten von der Administration nach dem Spital geschickt werden. Den vollständig kranken Gefangenen Störbuden schaffte man nach 28tägiger Karzerhaft erst dann ins Spital, als er bereits einige Tage vollkommen hilflos dalag. Nach einiger Zeit starb er. Kurze Zeit vorher starb Saposhnikow, dem die eisernen Fesseln erst dann abgenommen wurden, als die Todesagonie bereits eingetreten war. Dies sind keineswegs die einzigen Todesfälle, die durch den Karzer beschleunigt oder hervorgerufen wurden. Hierzu gehört auch der Tod der Gefangenen Sikorsky, Timofejew, Budanow, Jesimow, Kurajew u. a. Eine spezielle Untersuchung könnte ein sehr langes Verzeichnis solcher Todesfälle ergeben. 20—30 Tage Karzerhaft sind eine alltägliche Erscheinung. Von den befragten 63 Personen (47 politischen und 16 Kriminalgefangenen) sind 50 bloß im Jahre 1912 2463 Tage im Karzer interniert gewesen. . . . Nicht selten werden die Gefangenen im Karzer geschlagen. Dies geschah z. B. mit Rudaschew und Lammin, bei dem letzteren in Gegenwart und unter Beteiligung des Direktorgehilfen Kubis. . . . Der Direktor empfängt die neu ankommenden Gefangenen mit den Worten: „Bei mir ist es so: weniger als 30 Tage (Karzer) bekommt niemand, dann folgen 100 Rutenschläge, und wenn Euch das Leben überdrüssig ist, habt Ihr Handtücher.“ (Es ist nicht bekannt, ob der Gefangene Popkow, der, nachdem er von einem Aufseher halb tot geschlagen wurde, sich im Jahre 1911 erhängte, diesen Rat befolgt hat.) „Eine Kugel kostet 3 Kopeken!“ heißt es auch bei dem Direktor. So groß ist seine Sicherheit, daß seine Handlungen straflos bleiben. . . .“

Finnland.

Selbsthändigung des Liberalismus. Unser finnischer Mitarbeiter schreibt uns: Bisher konnte der finnische Liberalismus bei der Judenfrage seine Hände in Unschuld waschen und sagen, er wäre den Juden (die in Finnland vollkommen rechtlos und fast den Landstreichern gleichgesetzt sind) freundlich gesinnt, er könne aber nichts in der Sache tun, da die Macht in den Händen der russischen Regierung liege. Nun hat aber der finnische Liberalismus anfänglich der Beratung des Gleichberechtigungsgesetzes im Landtage Farbe bekennen müssen. Und hierbei erwies es sich, daß der Liberalismus in Finnland — antisemitisch ist. — Bei der Beratung des erwähnten Gesetzes, das der von der russischen Regierung geübten Verfolgung der finnischen Magistratspersonen die Spitze abbrechen soll, beantragten die Sozialdemokraten, die die Gesetzesvorlagen im allgemeinen unterstützten, daß auch den in Finnland lebenden Juden die gleichen Rechte zukommen sollten. Soweit sie russische Staatsangehörige sind, sollen sie mit jenen gleiche Rechte genießen; als Ausländer jedoch sollen sie mit den übrigen Ausländern gleich behandelt werden. Die sozialdemokratischen Redner, und namentlich der Genosse Wik vertrat diesen Standpunkt mit der größten Energie. Die Liberalen waren aber dagegen, und so brachten sie denn im Verein mit den übrigen bürgerlichen Parteien diesen Antrag zum Fall. Ein Schandstück mehr in ihrem langen Sündenregister.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 17. April.

Wächung, Gastwirtsgehilfen! Der Verein der Gäste und Schankwirte für Lübeck und Umgebung hat in seiner Versammlung vom Dienstag, dem 13. d. M. es abgelehnt, mit dem Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Lübeck, einen gemeinschaftlichen Tarif abzuschließen. Wie sehen uns jetzt genötigt, Einzel-Tarife mit den verschiedenen Geschäften abzuschließen und ersuchen das wertere Publikum von Lübeck und Umgebung, uns in unserer gerechten Sache zu unterstützen. Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Lübeck.

Eine Versammlung der Bürgererschaft findet am Montag, dem 21. April 1913, abends 6 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt: Anträge des Senates: 1. Abänderung des Artikels 46 der Verfassung. 2. Änderung des Theaterbetriebsvertrages. 3. Gewährung einer Altersunterstützung an den Schulwärter Heinrich Schand. 4. Neubau eines Schulhauses für die höhere Mädchenhause von Kräusen Freese. 5. Weitere Bestätigung des Abschnitts XIX. der Ausgabenliste des Voranschlags für 1912. 6. Bedingungen für die Lieferung von Gas und Elektrizität durch die städtischen Gemeindeanstalten. 7. Verlegung eines Gasheizrohrs in der Fackelburger Allee. 8. Erweiterung der Dampferanlagebrücken in Travemünde. 9. Verbesserung der maschinellen Einrichtungen im Warmbadhaus zu Travemünde. 10. Erlaß eines Nachtrages zu der Verordnung, betreffend Erhebung einer Kurtaxe in Travemünde und Gneversdorf. 11. Weitere Inventarbeschaffung für Erweiterungsbauten des Allgemeinen Krankenhauses. 12. Bewilligung von 21 000 Mk. zum Ausbau der Werft der Straßenbahn. 13. Festlegung der Gebühren für die Viehpferställe an der St. Lorenz-Brücke. 14. Quittierung des Stadtkassenverwalters wegen seiner Geschäftsführung in dem Rechnungsjahre 1909. 15. Einrichtung eines Kipps für Obdachlose sowie einer Kinder- und Wagnereinstellung. 16. Rückführung und wiederholter Antrag, betreffend Erlaß eines sechsten Nachtrages zum Bewilligungsgesetz. 17. Neuregelung der Gehaltsverhältnisse des Registrars der Hanseatischen Gerichtsbarkeit. 18. Bau einer Brücke über die Trave bei der Ziegelei Neede. 19. Erlaß eines Gesetzes, betreffend Rückzahlung der Straßenbauabgabe an die Anlieger der Straße An der Untertrave und der oberen Engelsgrube. 20. Nachbewilligung der durch die Hebung und Wiederinstandsetzung des gesunkenen Elevators entstandenen Kosten. 21. Erlaß eines Gesetzes, die Gewährung von Entschädigungen bei Änderung der Höhenlage von Straßen betreffend. 22. Erlaß besonderer Bau- und Anbauvorschriften für das Strandgebiet Travemünde. 23. Herstellung von Radwegen im Rechnungsjahre 1913. 24. Feststellung der im Rechnungsjahre 1913 auszuführenden Pflasterungs-, Wege- und Sietarbeiten.

Der Bürgerausschuß erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung gütlich für die Bewilligung von 94 500 Mk. zur weiteren Inventarbeschaffung für Erweiterungsbauten des Allgemeinen Krankenhauses. Zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft empfohlen wurden ferner folgende Senatsanträge: Bewilligung von 21 000 Mk. zum Ausbau der

Wertigkeit der Straßenbahn: Neben eines Schulhauses für die höhere Mädchenschule von 235 000 Mk. Die für den Schulhof nicht verwendbare nördliche und südliche Spitze des Parkplatzes bleiben bis zur Errichtung eines Erweiterungsbauwerks als öffentliche Kinderspielfläche erhalten. Mit Genehmigung wurde der Platz eines neuen Gehbehälter für den Teerhof und die Genehmigung von 2100 Mk. zur Herstellung einer Wasserleitungsanlage auf der Teerhofinsel.

Gegen die Gleichberechtigung der Sozialdemokraten als Staatsbürger wendet sich das Lübecker Amtsblatt in längeren Bemerkungen, die es an ein unverständliches Urteil des Reichsgerichts knüpft, durch welches ein Sozialdemokrat wegen Verleumdung bestraft wurde, weil er einen Beamten aufgefordert hatte, sozialdemokratisch zu wählen. Das fällt natürlich nicht weiter auf bei einem Blatt, welches bisher noch jede Entrechtung der werktätigen Volksschichten, die selbstverständlich eine Bevorrechtigung der Besitzenden in sich schließt, entgegenheißt und verteidigt hat. Wenn die Lübecker Anzeigen schließlich sagen, daß das Reichsgerichtsurteil dem allgemeinen Rechtsempfinden entspricht, so meinen sie jedenfalls das Empfinden der herrschenden Klassen, welche die Justiz als Instrument zur Befestigung ihrer Macht betrachten. Das Volksempfinden wird in dem Reichsgerichtsurteil nur eine Bestätigung seiner Auffassung finden, daß die Wege der deutschen Rechtspflege mehr als wunderbar sind. Das Vertrauen zu ihr wird dadurch sicherlich nicht gewinnen. Ob das Reichsgericht es wohl auch als eine Verleumdung eines organisierten Arbeiters betrachten würde, wenn ein solcher etwa von einem Nationalliberalen zur Wahl eines Reichsverbändlers aufgefordert würde? Und wie würde sich dann das famose Amtsblatt dazu stellen?

b. Schöffengericht am 17. April. Höhere Kunst oder Tinkeltangell? In letzter Zeit sind in den hiesigen Cafés Musikfeste aufgetreten, die neben ihrer eigentlichen Aufgabe des Instrumentalkonzerts u. a. auch Gesangseinlagen zu Gehör bringen. Gegen den Besitzer des Hansa-Cafés war dießhalb ein Strafbescheid von 20 Mk. ergangen, weil diese Art Konzerte, bei denen Gesangs- oder deklamatorische Vorträge stattfinden, besondere Erlaubnis und besondere polizeiliche Abgaben erfordern. Es fragt sich nun: ist die in Betracht kommende Kapelle „Das lustige Kleeblatt“ ein Ensemble, bei dem ein höheres Interesse der Kunst, auch in geistlicher Beziehung, obwaltet? Im Programm war zu finden: „O, reizende, süße Auguste“, „Komm kleine Anna“, „Snuten un Pöten“, „So jung kommen wir nicht mehr zusammen“, auch ein besonderer „Bunter Abend“ war vorgesehen. Aus diesem Extrakt schloß die Polizei sowohl wie die Staatsanwaltschaft, daß ein höheres künstlerisches Interesse nicht vorliege und infolgedessen der § 33a der Gewerbeordnung in Anwendung komme. Wenn auch deklamatorische Vorträge nicht stattgefunden hätten, so seien es doch solche gefanglichen Charakters gewesen, und das bleibe sich nach dem Gesetze gleich, denn dort heiße es gefangliche oder deklamatorische. Ein höheres Interesse von Kunst und Wissenschaft liege niemals vor, das Café-Publikum sei zu verschiedenartig, die Störungen schließen einen künstlerischen Genuß aus. Wenn also z. B. Beethoven von einem solchen Orchester gespielt werde, könne niemals ein höheres Interesse geltend gemacht werden. Ausschlaggebend sei vor allem die polizeiliche Verordnung über die Abgabe der Lustbarkeitssteuer. Der Verteidiger ist gegenwärtig in der Anstalt. Das Vorgehen gegen den Inhaber des Hansa-Cafés sei in erster Linie den hiesigen Singpielhallen resp. Variété-Besitzern zu danken, weil sie in den Darbietungen erfolgreiche Konkurrenz witterten. Diese Gesangseinlagen entsprächen allen künstlerischen Ansprüchen, während die sogenannten Singpielhallen minderwertige Sachen böten. Es komme nicht darauf an, was, sondern wie es vorgetragen werde. Sein Klient wollte bahnbrechend vorgehen und Gutes bieten. In der Hauptsache seien erste und klassische Vorträge zu Gehör gebracht worden. Es handle sich hier vielleicht um einen Grenzfall, der von sachverständiger Seite festgestellt werden müsse; ein Polizeibeamter könne kein maßgebendes Urteil abgeben. Nach derselben Einteilung fänden auch die volkstümlichen Konzerte statt, im ersten Teil klassische Vorträge, im zweiten der humoristische Teil. Da werde ebenfalls getrunken und geraucht, ohne daß jemand die künstlerische Höhe bestreiten würde. Er beantrage im Gegensatz zum Staatsanwalt, der 20 Mk. Strafe fordere, als Musiksachverständigen den Rechtsanwalt Häppler zu laden. Diefem Antrag gibt das Gericht statt, die Verhandlung wird deshalb bis zum 6. Mai vertagt. — Den Spender bestohlen. In einer Herberge in der Lederstraße gab ein Gutausgelegter Bier aus, von dem auch der Heizer W., als er gegen 12 Uhr nachts in die Herberge trat, etwas abbekam. Nachher machte er sich an den Mann heran und stidhte ihm 80 Mark (nach einer anderen Auslegung sollen es sogar 160 Mark gewesen sein). 40 Mk. behielt W. für sich und je 20 Mk. bekamen der Arbeiter M. und der Heizer K. ab, die ihn auf den Geldreißer des Spenders aufmerksam machten. Bei der Verhaftung ließ W. ein Zwanzig-Mark-Stück fallen, damit der Diebstahl kleiner ins Gewicht fallen sollte. Eine ehrliche Haut fand den Fuchs aber und lieferte ihn dem Polizeianwalt aus. W., der schon mehrmals vorbestraft ist, erhält heute 3 Monate Gefängnis und W. wegen Hehlerei 1 Monat. Der Heizer K. ist verläufig spurlos verschwunden.

Kontrollvernehmungen im Pödenhof. Freitag, den 18. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Erziehungsjahren der Jahresschiffe 1904 und 1905. Freitag, den 18. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Erziehungsjahren der Jahresschiffe 1906 und 1907.

Seemannslos. Vor einigen Tagen strandete, wie bereits gemeldet, beim Darßerort-Riff der dem hiesigen Kreiswehr gehörige Raschoner „Minna“. Die Besatzung des Schoners ist bei dem Versuch, sich im Schiffboot zu retten, ertrunken. Das gekenterte Boot trieb an den Strand; in der Nähe desselben fand man die Leiche eines Mannes, hinter den hohen Dünen nach Jünger zu die eines andern, und eine dritte in der Nähe von Jünger. Außerdem Kleiderstücke, Betten und vieles andere, das die Leute mit in das Boot genommen haben. Das Rettungsboot von Brarow ging dann noch einmal in See, und diesmal erreichte es auch das gestrandete Schiff. Im Bord war alles in bester Ordnung; das Schiff war zwar voll Wasser, aber die Kajüte war noch trocken. Aus den vorgefundenen Papieren konnte festgestellt werden, daß die Besatzung aus vier Mann bestanden hat. Alle vier haben den Tod gefunden, drei sind gefunden, der vierte noch nicht; von dem fand man die Korkweste, die er wohl verloren haben muß. Ob das gestrandete Schiff geborgen werden kann, ist noch ungewiß.

Freiquartiere für die Arbeiterturner. Für die am Kreisturnfest in Lübeck teilnehmenden Turnerinnen und Turner werden zum 27. und 28. Juli d. Js. Freiquartiere bei hiesigen Genossen erbeten, da die Zahl der Teilnehmer voraussichtlich eine sehr große sein wird. Der hiesige Arbeiterturnverein ersucht darum, daß die zuzustellenden Freiquartierlisten zahlreich benutzt werden möchten. Weiter wird an den Gekern im Informativteil des Lübecker Volksboten bekanntgegebenen Stellen gern die Anmeldung von Freiquartieren entgegengenommen.

Die Mitglieder des Vereins für Feuerbestattung in Lübeck sind seitens der Friedhofsbehörde eingeladen, am morgigen Freitag, vormittags 8 Uhr, einer Probeeinäscherung (eines Tierkörpers) im neu erbauten größeren Ofen des Krematoriums beizuwohnen. Es wird um zahlreiche Beteiligung ersucht. (Siehe Inserat.)

Bienenzucht-Verein für Lübeck und Umgegend. Unter Bezugnahme auf die Anzeige im Annoncenenteil sei noch darauf hingewiesen, daß Herr Dr. Kihmann vom Nahrungsmittel-Untersuchungsamt in Kiel am Sonntag 4 Uhr im Restaurant Hohenpöhlen einen öffentlichen Vortrag über das Thema: Die Chemie der Natur und Kunsthonig halten wird. Der Besuch sei allen, die sich für echten Blütenhonig interessieren und den Wert desselben kennen lernen wollen, angelegentlichst empfohlen.

Wegtransport aus Dänemark. In der abgelaufenen Woche wurde an Kindern aus Dänemark eingeführt nach den deutschen Quarantänestellen in Altona 1200, Flensburg 210, Kiel 207, Lübeck 800, Rostock 380, Altona 227, im ganzen 3181 Stück. Davon gingen über Kolbing 1800 Stück. — In geschlachtetem Zustande wurden in derselben Zeit 750 Stück Großvieh, 400 Kälber, 75 Schafe und 375 Schweine nach Deutschland versandt.

pb. Diebstahl. Gestern nachmittag wurde einem in der Deponau umherlaufenden Hunde ein braunes Halsband mit weißen Knöpfen und Hundemarke abgenommen und gekohlen.

pb. Verhaftung. Festgenommen wurde ein Seemann aus Voikireby, welcher wegen Verletzung der Wehrpflicht zu 16 Tagen Gefängnis verurteilt worden war.

pb. In der Nordsee in Bargtheide sind eine Reihe von Personen nur deshalb verdächtigt worden, weil sie Krabwunden im Gesicht trugen. Da die Ermordete zur Zeit der Tat an beiden Händen Handschuhe getragen hat, kann der Täter keine Krabwunden bekommen haben. Die Königl. Staatsanwaltschaft Altona macht auf diese Mitteilung besonders aufmerksam.

Öffentliche Trückerfürjorgestelle Lübeck (Parade 1) Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 18. d. M., abends 6-7 Uhr.

Neues Stadttheater. Als Volks-Vorstellung zum Eintrittspreis von 75 Pf. pro Plaz, dazu 10 Pf. für Garde-robe, gibt die Direktion am kommenden Sonntag nachmittag zum letzten Male Nicolais komisch-phantaistische Oper: „Die lustigen Weiber von Windsor“, die sich hier durch ihre öfteren erfolgreichen Aufführungen die Gunst des Theaterpublikums in hohem Maße erworben hat. Die Verlosung findet am Freitag und Sonnabend in der Zeit von 8-9 Uhr abends an der Theaterkasse statt. Am Abend geht die große Gesangsposse „Große Köpfe“ zum ersten Male in Szene. Zu den eingetragenen Einlagen haben Willy Breßhneider, Walter Kollo und für Lübecker besonders interessant! Leon Jessel die Musik geschrieben. Für heute sei nochmals auf die Erkaufführung der Siedemannschen Tragödiendichtung „Der Bettler von Syrakus“ hingewiesen. Morgen: „Fräulein Direktor“, Lustspiel von P. J. Coers und D. Metterhausen.

w. Müll. Der Landtagswahlkampf. Zu einer Auseinandersetzung zwischen den Nationalliberalen und der Sozialdemokratie für den Wahlkreis Lauenburg kam es Dienstag abend hier in einer von nationalliberaler Seite einberufenen Versammlung. Daß es zu dieser Auseinandersetzung hier kommen würde, ahnten auch die Nationalliberalen, hatten sie sich doch zur Unterstützung ihres Kandidaten den Generalsekretär Köster aus Hamburg kommen lassen; von sozialdemokratischer Seite war unser Kandidat, Genosse Schamburg, anwesend. Im Referat streifte der Kandidat der Nationalliberalen, Gütschewitz, da er, das preussische Wahlrecht und die Derschaft der Konservativen im Staate in kräftigen Zügen, sprach über die Reichspolitik, lobte unser mit Hilfe der Nationalliberalen geschaffenes Wirtschaftssystem, unser Heer und die Flotte, für welche die Nationalliberalen alles bewilligen würden, versprach, den Mittelstand zu retten, war für ein Koalitionsrecht der Industriearbeiter und empfahl sich als ein Mann, der die Absicht habe, mit den Konservativen zu kämpfen. In der nun einsetzenden Diskussion gab Genosse Schamburg zu, daß der Referent die Konservativen so ziemlich richtig gezeichnet hätte; wenn aber den Nationalliberalen der Kampf gegen die Konservativen und für ein besseres Wahlrecht ernst sei, so dürften sie bei einer Stichwahl zwischen Konservativen und Sozialdemokraten nicht erlernen, sondern müßten den Sozialdemokraten wählen, dies sei aber bei ihnen ausgeschlossen. Diese Auffassung wurde von den Nationalliberalen bestätigt. Die Schuld an diesen unglücklichen Verhältnissen im Staat wie im Reich, fuhr Schamburg fort, tragen die Liberalen, die aus Angst vor der Sozialdemokratie sich von den Konservativen und der Regierung eine der 1848 erkämpften Grundgesetze nach der andern weglassen ließen. Mit einem Appell an die Wähler, nicht nur mit den Konservativen, sondern auch mit den Nationalliberalen aufzuräumen und am Wahltag die sozialdemokratischen Wahlmännerkandidaten zu wählen, schloß er unter lebhaftem Beifall. Darnach erwiderte nun, daß es bei einer Stichwahl wohl so kommen würde, wie Sch. es geschildert, für einen Sozialdemokraten könnten die Nationalliberalen nicht stimmen, die seien Republikaner usw. Genosse Wagner schilderte sodann die Unsicherheit des Referenten resp. der Nationalliberalen bezüglich des Koalitionsrechts; warum verweigert man auch von nationalliberaler Seite den Landarbeitern dieses Recht? In sozialpolitischer Hinsicht sei den Nationalliberalen nicht zu trauen und ihr Kampf gegen das Zentrum sei gar nicht so ernst gemeint, auch so teitelmechteln mit dem Zentrum, wenn dieses nur wolle. Die Liberalen seien laue Wahlrechtstänker und die einzige Partei, auf die in dieser Frage Verlaß sei, sei die Sozialdemokratie. Nach einigen Ausführungen des Referenten, der u. a. erklärte, den Landarbeitern könne man das Koalitionsrecht nicht geben, weil sie in der Ernte streiken würden, und nach kurzer Erwiderung Schamburgs kam nun der Generalsekretär zu Wort, der die Sozialdemokratie in gewohnter Weise bekämpfte. Wenn dieser Herr in politischen Versammlungen geht, möge er doch erst seinen Schulmeisterstandpunkt aufgeben. — Wir dürfen mit dem Verlauf dieser Versammlung zufrieden sein, wenn er auch bei dem Dreiklassenwahlrecht nicht hervortreten wird. Die Ausführungen unserer Redner machten auf die Versammlung sichtlich Eindruck. Erst gegen Mitternacht war die Versammlung zu Ende.

Altona. Opfer des Alkohols. Wegen eines schlimmen alkoholischen Erzeses hatten sich am Mittwoch vor dem Schwurgericht der 27 Jahre alte Fabrikarbeiter Otto Koch und der 24 Jahre alte Fabrikarbeiter Hermann Behrmann aus Brunsbüttelkoog zu verantworten. Die beiden waren in der Zementfabrik „Saturn“ in Brunsbüttelkoog beschäftigt und waren mit einigen Kollegen in Streit geraten. In einer Pause während der Nachtsticht am 5. Januar hatten sich die Arbeiter im Fabrikpfeiffaal versammelt. Behrmann fing nun Streit an mit dem Arbeiter Koch, verhönte ihn, warf ihn mit der Kaffeeflasche und trat ihm mit Füßen. Neben ihm sah der Arbeiter Schmiegel, der ihn beruhigen wollte, dafür aber einen Fausttritt erhielt. Nun entwickelte sich eine

allgemeine Schlägerei, an der sich auch Koch beteiligte. Er zog sein Messer, ging auf Schmiegel los und rief ihm zu: „Siehst Du mein Messer?“ Mit diesen Worten: „Tot soll er!“ stieß er ihm das Messer in die Brust. Schmiegel ging aus dem Saal hinaus. Er versuchte die Treppe hinaufzusteigen, brach aber dort tot zusammen. Der Stuch hatte das Herz getroffen. Nach dieser Tat dauerte der Streit noch weiter. Der Arbeiter Paulat kam dann hinzu und forderte die beiden auf, die Fabrik zu verlassen. Behrmann antwortete damit, daß er die Kaffeeflasche wieder nach ihm warf und rief: „Dir geht es noch gerade so, wenn Du nicht machst, daß Du hinauskommst!“ Die Geschworenen sprachen Koch des Totschlags und Behrmann der Körperverletzung und Beleidigung schuldig. Das Urteil lautete bei Koch auf zehn Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, bei Behrmann auf ein Jahr Gefängnis.

Harburg. Durch Unvorsichtigkeit von Touristen beim Abkochen wurden Sonntag in der Schwiebersdorfer Heide etwas über 5 Morgen Heide vernichtet. Besondere haben bemerkt, daß etwa 30 junge Leute an der betr. Stelle abkochten. Diese haben, als sie sahen, was sie angerichtet hatten, ihre ganzen Vorräte an Fleisch und Eiern in Stuch gelassen und sind davongelaufen, ohne das Feuer, das von herbeieilenden Leuten schnell erlosch, zu löschen. Die Täter sind leider entkommen. Der hiesige Landrat richtet folgenden Appell an die Heidewanderer: „Mit dem Beginn des Frühjahrs und der dann stärker einsetzenden Wanderlust mehrten sich auch die Klagen über das unvorsichtige Abkochen der Touristen. Während die älteren Touristen sich bei ihren Wanderungen vielfach damit begnügen, ihren Hunger an mitgebrachten Butterbröten zu stillen, erblicken jüngere Wanderer oft einen besonderen Reiz darin, selbst im Freien abzukochen. Diese Freude könnte man ihnen wohl gönnen, wenn sie dabei die im allgemeinen Interesse unbedingt peinlichste Vorsicht walten lassen würden. Erfährt man aber, daß dazu fast regelmäßig Spirituskocher benutzt werden, die angezündet werden, ohne daß die einfachsten Vorsichtsmaßregeln, etwa durch Befestigung der brennbaren Bestandteile des Heides, Gras- und Waldbodens in einem größeren Umkreise getroffen worden sind, und zieht in Betracht, daß die oft den Kinderschuhen kaum entwachsenden jungen Leute sich die Folgen des unvorsichtigen Umgehens mit Feuer schwer selbst klar machen, so ist es kaum zu verwundern, wenn fast allsonntäglich Wald- oder Heidebrände entstehen, die auf das unvorsichtige Abkochen zurückzuführen sind. Alle Strafen und Überwachungen sind aber so lange nutzlos, als nicht das Publikum selbst, die Führer von Wanderschlubs und insbesondere die Eltern der jungen Leute dafür sorgen, daß das unvorsichtige Abkochen am besten überhaupt unterbleibt. Sollte diesen Vorstellungen nicht Folge geleistet werden, so würden sich die beteiligten Behörden wohl bald genötigt sehen, das Mitführen von Kochgeräten im Sicherheitsinteresse allgemein zu verbieten.“ Diese Mahnung ist auch für gewisse Lübecker Ausflügler und Jugendhändler von Bedeutung; denn nicht selten sieht man zur Sommerszeit solche jungen Burken mit allerlei Gerät auf dem Buckel, möglichst noch bewaffnet, zum Tor hinausziehen.

Neumünster. Großer Fabrikbrand. In letzter Zeit wird Neumünster häufiger von Bränden heimgesucht. Erst vor einigen Tagen brannte es beim Engros-Kaufmann Carstens, Kielerstraße, und Mittwoch mittag 1 Uhr entstand in dem großen Betrieb von Hansen Söhne, Großflecken, in der Färberei auf bisher ungeklärte Weise Feuer. Unter den dort lagernden Vorräten griff das Feuer schnell um sich; außerdem stand der Wind so, daß, wenn nicht von seiten der im Betrieb beschäftigten Leute mit der Fabrikspitze und von den bald erschienenen Wehren das Feuer energisch angegriffen worden wäre, der gewaltige Betrieb ein Raub der Flammen geworden wäre. Hunderte würden dadurch wieder brotlos geworden sein.

Wilhelmsburg. Unter der Auflage des Kindesmordes wurde die 23jährige unverschleihte Arbeiterin Eva Jandt aus Grabow, Kreis Schiltberg, verhaftet. Das Mädchen hatte ihrem am 5. April geborenen Kinde von einer Korsettstange abgebrochene Eileuteile in den Mund gesteckt und mit Wasser hinuntergespült.

Schwerin. Der Aufruf eines medlenburgischen Junkers. Der medlenburgische „Ritter“ v. Malitz hat ein Geheimzirkular an seine Jüngerossen erlassen, worin er sie auffordert, sehr zahlreich in dem in den nächsten Tagen zusammen tretenden außerordentlichen medlenburgischen Landtag zu erscheinen. Er verweist seine Klassenossen darauf, daß, falls diesmal wieder der Regierungsvorschlag abgelehnt wird, der Großherzog ganz bestimmt eine Verfassungstrotzerei würde.

Geeßemünde. Feuer. Gestern früh brannte das am Fischereihafen liegende Hauptbetriebsgebäude der Geeßemünder Herings- und Hochseefischereigesellschaft vollständig nieder. Die gesamten Keschorräte der Gesellschaft sind verbrannt. Der Schaden wird auf 800 000 Mk. geschätzt. Die Entstehungsursache des Feuers ist nicht bekannt, doch wird Selbstentzündung vermutet.

Estebürg. Brand. In der vorletzten Nacht brannten in Moorende drei Gebäude nieder, das Wohnhaus des Hofbesizers J. Helmde, das Rätnerhaus des Hofbesizers Giese und das Eigenwohnhaus des Zimmermanns Hauschildt. Die beiden ersten Gebäude liegen in Ostmoorende, das letzte Haus gehörte zu Westmoorende. Zwischen beiden Orten fließt die Eske. Flugfeuer, das in starkem Maße auftrat, hatte das Eigenwohnhaus in Brand gesetzt. Man vermutet Brandstiftung. Im Hause des Hofbesizers Helmde ist auch viel Vieh verbrannt.

Worpswede bei Bremen. Feuer in der Künstlerkolonie. Das Haus der Malerin Ilse Halm, das schönste der modernen Künstlerhäuser der Worpsweder Künstlerkolonie, ist den Flammen zum Opfer gefallen. Kinder hatten am Heiderand ein Feuer angezündet; fliegende Funken davon wurden auf das Strohdach des Hauses übertragen. Das Haus war von der Schriftstellerin Benemann gemietet, die ihre gesamte Habe verlor. Die Künstler unterstützten die örtliche Feuerwehr nach Kräften bei den Löscharbeiten, und es gelang auch, ein Ueberspringen des Feuers auf das Gehölz zu verhüten.

Allerlei Wissenswertes.

Gegen die Gelbsucht der Birnbäume hat sich nach einem Bericht im praktischen Ratgeber im Obst- und Gartenbau in Frankfurt a. O. die Anwendung von Stalldünger bewährt. Bei ausschließlicher Anwendung von Kunstdünger trat die Gelbsucht an Spalierbäumen sehr stark auf. Als aber dann eine regelmäßige Anwendung von Stallmist stattfand, erholten sich die Bäume im Laufe von zwei Jahren und wurden wieder ganz gesund. Gartenfreunde erhalten die betreffende Nummer des praktischen Ratgebers auf Wunsch kostenlos zugelandt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Garantiert rein deutsche Honigarten
in Zusammenstellung mit Raffinade

Marke

Bienenfließ

Karl
Häuer & Co.
Wallhall-
insel.
Fernr. 891.

Verkauf
lebender Bull
(Stieg 80 Pfg.)
am Freitag,
dem 18. April 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Sollsenbrücke und
Gutiner Brücke.

„Komitee- und
Kommissionssitzungen“

Maifeier - Komitee.

Freitag abend 8 1/2 Uhr
Sitzung
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Für die vielen Kranzgebenden und
Beileidsbereigungen bei der Be-
erdigung unserer lieben Entschlafenen
sagen allen unsern tiefempfundenen
Dank.

Martin Blohm
nebst Familie.

Für die herrliche Teilnahme und
reife Kranzgebende bei der Beerdigung
unserer lieben Entschlafenen, unser
unvergesslichen Vaters, Schwagers
und Großvaters sagen hiermit allen
besonders dem Vorstand „Einigkeit“
und der Frau „Der schwarzen
Bräuer“ unsern innigsten Dank.

Cath. Schulz, geb. Rathmann
nebst Kinder.

Eine kleine Wohnung
z. 1. Juli in der Böttcherstr. zu verm.
5144) 2155, Wotenmünnner 16, par. r.

Sehr. Kommode, Sofa, Stühle, Tische,
Kleiderst., Bett u. Matr., Gelschr.,
Erntel zu verk. Johannisstr. 68.

Frühe Rojen-Planzarten.
zu verkaufen.

1 groß. Zfür. Kleiderschrank
zu verkaufen.

Wailenhostr. 31. I.

1 Schloßford zu Kauf. gel.
Eiferten unter L.M an die Expedition
dieses Blattes. (3158)
Unterricht im Schnittzeichnen und
Zuschneiden. Kursus 15 Mk.
Frau Groth, Westhoffstr. 38, I.

Achtung Schlosser!
Extra-Angebot
in blauen Schlosserjacken u. Hosen
zu noch nie dagewesenen Preisen.
Extra schwere Jacke, Gr. 40-44 1.78 Mk.
" " " " 46-50 1.93 Mk.
" " " " 58-60 2.40 Mk.
" " Hosen " 70-74 1.78 Mk.
" " " " 76-84 1.95 Mk.
Ein Versuch führt zu dauernder
Kundschaft.

Johannes Holst,
Kohlmarkt 6. Markt 6.
Rote Rabattmarken. (1247)

Wie bekannt, zahlt die höchsten
Preise für Hausstandsmöbel,
Zeitungen, Eisen, Metalle, Neu-
tuch, Tauc. (1225)
Fernruf 2430. Postkarte genügt.
Wailenhostr. 25.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
Markt 4 10
sind vorzüglich bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. n. a.:
Lederhosen . . . 2.20-4.45
Maurerhosen . . . 2.60-6.75
Schloßerhosen . . . 1.88-3.25
Hüftgehosen . . . 1.08-2.35
Swim-Hosen . . . 1.68-3.25
Leinene Jacken, schräge u. gerade,
1.28, Regen, Ponchen, Schlachter-
jacken, Kriecherjacken, Wärmemäntel
erstaunlich billig. Wägen von 30
Pfg. bis 1.52 Mk. Rote Lebecam.

Gratis! Gratis!

Am Freitag, Sonnabend und
Sonntag gebe auf 1 Pfd. Margari-
ne zu 80 oder 90 Pfg. eine echte
Porzellantasse oder 1 Milchtopf,
auf 2 Pfd. 1 Kaffeekanne oder
10 Bonillonwürfel (3175)

Gratis! Gratis!

Ferner gebe auf mein
Riesen-Landbrot
einen großen Kloben

Gratis! Gratis!

Martin Wegener
Salauerstr. 6 und Rathburg.

Samen.

Große Bohnen Rind 30 Pfg.
Mai-, Schnabel- u. Krup-Erbisen
Pfd. 45 Pfg. Sämtl. Gemüse-,
Blumen- u. Feldsamen sehr billig.
Fritz Derlien, Dürrstraße 107.

Schneeweiße Wäsche
gibt Ragoda-Schnellwaschmittel. Ohne Chlor. Garantiert un-
schädlich. Zur schnellen Einföhrung geben wir gratis und franco
wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pfg. 1 echt
Albernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Pros-
pette beim Kaufmann.
Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als
bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben
und keinen Versuch mit Ragoda machen. (290)

Die Gratis-Werte
für die Abonnenten von

„Welt und Wissen“

können gegen Einlieferung der 52 Gutscheine in
unserer Expedition abgeholt werden. Die Werte
werden den Abonnenten gegen eine Nachzahlung
von 50 Pfg. pro Band in einer eleganten rein-
leinenen Einbanddecke geliefert, und bitten wir
um Mitteilung, ob die Werte broschiert oder
gebunden gewünscht werden.

Expedition des „Lübener Volksboten“.

Meyers Kaffee
in Paketen

beste Qualitäts-Marke

empfiehlt
Otto Tröpkau. 3159

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden
und seine Bücherei auf billigste
Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete
dem Ende 1911 bereits 98 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
(Sitz Stuttgart)
bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch die
Post d. Porto) erhält man kostenlos:

1. die reich illustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde
mit den Beiblättern:
Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photo-
graphie und Naturwissenschaft — Technik und
Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld —
Natur und Kunst

2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von
Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.

3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schrittsteller; im Jahre 1912: Gibson-Günther,
Was ist Elektrizität? Dannemann, Wie unser Weltbild
entstand; Dr. Floercke, Kriechtiere u. Lurche fremder
Länder; Prof. Dr. Weule, Die Urgesellschaft u. ihre
Lebensfürsorge; Dr. Kölsch, Die Erschaffung d. Seele.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt Jede
Buchhandlung entgegen,
wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart.
Probehefte und Prospekte postfrei!

Beerdigungsanstalt Gehr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Übernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstätten, Metall-, Perl- u. Blattränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Bienenzucht-Verein für Lübeck u. Umgegend.

Oeffentlicher Vortrag
am Sonntag, dem 20. April, nachmittags 4 Uhr, im
3165) Restaurant „Hohenzollern“, Hüxstraße.
Redner Herr Dr. Ritzmann-Kiel: Die Chemie der Natur und Kunsthonig.

Konzerthaus Fünfhausen. 3178
Morgen Freitag: Gr. Tanz. Sonntag: Freies Tanzkränzchen.

**Verein für Feuerbestattung
in Lübeck.**

Die Mitglieder unseres Vereins
sind seitens der Friedhofsbehörde
eingeladen, der

Probierinjektion
(eines Leichkörpers)
im neuerbauten zweiten u. größeren
Ofen des Krematoriums am Frei-
tag, dem 18. April, 8 Uhr vor-
mittags, beizuwohnen.

Direktor Wagen nach Borwerf
ab Kohlm. 7.40 Uhr.
3162) **Der Vorstand.**

Arbeiter-Abfindungsbund.

Versammlung
am Freitag, dem 18. April
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
3161) **Der Vorstand.**

Schlutup.
Sozialdemokratischer Verein

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, dem 19. April
abends 8 1/2 Uhr

im Lokale d. Herrn A. Saborowski
(Gasthof „Zur Linde“).

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung.
2. Maifeier.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet
3171) **Der Vorstand.**

Achtung Maurer!

Kantentasse
„Grundstein zur Einigkeit“

Versammlung

am Freitag, dem 18. April
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Statutenberatung zur General-
versammlung und Anträge dazu.
3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch ersucht
3169) **Der Vorstand.**

**Arbeiter-
Gesangverein!**
„St. Jürgen“.

General-Versammlung

am Freitag, dem 18. April
im Lokale „Weißer Engel“.

3167) **Der Vorstand.**

Kalnberg's Variété.

3172 Neues Programm.
Heitere Künstler-Abende.
Entree 20 Pfg.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, den 17. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
176. Vorst. d. V.-A. 29. Vorst. d. Donnt.-A.
Neuheit! Neuheit!

Der Bettler von Syrakus.
Tragödie von Ham. Sudermann.
Schauspielpreise.

Freitag, den 18. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
177. Vorst. d. V.-A. 29. Vorst. d. Freitag-A.

Fräulein Direktor.
Lustspiel von B. Fr. Coers und
D. Metterhausen. Schauspielpreise.

Sonnabend, den 19. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
178. Vorst. d. V.-A. 16. Vorst. d. Sonnab.-A.

Der Schmuck der Madonna.
Gr. Oper von Wolf-Ferrari.
Opernpreise. (3165)
In Vorbereitung: „Große Ro-
sinen“. Gr. Fosse u. Bernauer u.
Schanzer. „Der Widerspenstige
gen Zähmung“ von Gock.

**Von Friedr. Gerstäckers
gesammelten Werken**

empfehlen wir allen Lesern einer guten Unter-
haltungsliteratur nachbenannte Romane und Er-
zählungen

Im Busch. Regalatoren in Ar-
kansas. Streif- und Jagdzüge
in Nordamerika. Gold, kali-
fornische Erzählung. Im Eck-
fenster. General Franco. Unter
dem Aequator. Die Kolonie.
brasilianisches Lebensbild. Der
Kunststreiter. Fluspiraten des
Mississippi. Aus zwei Welt-
teilen u. a. m.

Sämtliche Bände sind schön gebunden und illu-
striert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro
Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

Friedr. Meyer & Comp.
Johannisstraße 46.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 16. April.

141. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Jagow.

Stat des Auswärtigen Amts.

(Dritter Tag.)

Staatssekretär v. Jagow: Ueber den Vorfall in Nancy hat der französische Minister des Aeußern eine strenge Untersuchung durch einen hohen Staatsbeamten zugesagt. Der Statthalter in Straßburg hat die Uebersendung der von den Lokalbehörden in Metz über den Vorfall aufgenommenen Protokolle in Aussicht gestellt, die wir dann unserem Botschafter in Paris übersenden werden.

Unterstaatssekretär Zimmermann: Daß zum Gesandten in Peking nur ein des Chinesischen mächtiger Gesandter ernannt wird, wie gestern hier gewünscht wurde, läßt sich nicht immer durchführen.

v. Mellezowski (Pole): Der Befreiungskampf der slavischen Völker auf dem Balkan verdient Bewunderung. — Oesterreich ist ein zum größten Teil slavischer Staat; der Kaiser von Oesterreich schaut sich nicht, wenn er in Galizien ist, polnische Deputationen zu empfangen und ihnen in polnischer Sprache zu antworten. Damit vergleiche man die bei uns herrschende Unterdrückungspolitik gegen die Polen. Man spricht jodelnd von Abrüstung. Notwendig ist eine Abrüstung des Chauvinismus und der Osmarckenpolitik. (Bravo! h. d. Polen.)

Bernstein (SD.): Herr v. Nitzthofen hat mit entgegen, die Inseln des Ägäischen Meeres müßten bei der Türkei bleiben, wenn nicht unerträgliche Zustände für die Türkei geschaffen werden sollten. Das Gegenteil ist richtig. Kommen die Inseln nicht an Griechenland, so werden die Zustände für die Türkei unerträglich, dann erleben wir daselbst Schauspiele, wie bei Kreta. Daß die Inseln an den Dardanellen türkisch bleiben, ist selbstverständlich. Das ist zum Schutze Konstantinopels unerlässlich, und aus demselben Grunde hätte man Adrianopel den Türken lassen sollen, das nur eine ganz geringe bulgarische, dagegen eine überwiegend türkische Bevölkerung hat. Weiter ist bestritten worden, daß wir auf Rumänien dringen sollten, seine im Berliner Vertrag übernommenen Verpflichtungen gegen die Juden zu erfüllen. Raum waren die Rumänen nach dem Berliner Kongreß zu Hause, als sie den Vertrag schon zu umgehen versuchten. Damals erhob die deutsche Regierung Einspruch. (Hört, hört! h. d. Soz.) und die neue Verfassung, in der Rumänien sich eine Hintertür entgegen den Bestimmungen des Berliner Vertrages offen ließ, wurde von England, Frankreich und Deutschland nur mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf anerkannt, daß man das Vertrauen zu Rumänien auf die loyale Ausführung des Berliner Vertrages habe. Raum war die Anerkennung aber vorhanden, so wurden die Verpflichtungen von Rumänien in den Papierkorb geworfen. Daß mein Appell an die Gerechtigkeit auf der rechten Seite keinen Widerhall fand, und bei Herrn Hertel sogar Aeußerungen geschloßenes Mohnes hervorrief, wundert mich nicht. Daß aber auch die liberalen Parteien schweigen, ist sehr bedauerlich. Auch die Regierung hat geschwiegen. Warum? Weil Rumänien unser Freund ist, weil es der Bundesgenosse auf vorgeschobenem Posten ist. Selbst wenn das wahr wäre, so kann das kein Grund sein, zur Ungerechtigkeit zu schweigen. Wie tief ist unsere Diplomatie gesunken! Ich wiederhole, das Betrübenste ist, daß wir auch von der liberalen Seite kein Wort hören von Idealen, von Forderungen allgemeiner Gerechtigkeit und Menschlichkeit, von der Emanzipation der Völker, sondern sie sprechen nur von Machtfaktoren. Die Herren bilden sich ein, damit große Realpolitiker zu sein. Ich glaube im Gegenteil, die Realpolitik ist bei denen, die Gerechtigkeit allen Nationen gegenüber vertreten. Was könnten z. B. die Polen für Deutschland sein, wenn Deutschland ihnen gegenüber Gerechtigkeit übt! (Sehr wahr! h. d. Soz.) Jahrhundertelang

sind die Trenn Feinde Englands und Freunde aller Feinde Englands gewesen. Nachdem jetzt eine liberale Regierung ihnen die Selbständigkeit gegeben hat, nachdem zwei Drittel des irischen Bodens in das Eigentum der irischen Bauern übergegangen ist, auf Grund einer anderen Enteignungsvorlage als der preußischen, auf Grund einer Vorlage, die die Landlords enteignet und den Boden dem Volk zurückgegeben hat (Hört, hört! h. d. Soz.), stehen die Iren treu zu England. Im Hinblick auf die Millionen von Iren, die in den Vereinigten Staaten leben und dort einen starken Machtfaktor bilden, ist dadurch auch die auswärtige Position Englands außerordentlich gekräftigt und gestärkt worden. So würde auch bei uns eine Politik der Gerechtigkeit den Polen gegenüber eine sehr gute Realpolitik sein. (Lebh. Bravo! h. d. Soz.) Die Mitteilungen des Staatssekretärs bezüglich des Vorfalls in Nancy werden hoffentlich den Erfolg haben, daß die aufgebauscht behauptungen verstummen, und daß die unwürdige Hege gegen Frankreich eingestellt wird. Wenn selbst die ersten Mitteilungen wahr wären, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Hunderttausende von Deutschen unbehelligt in Frankreich leben und arbeiten. Auch waren bei den Vorgängen keineswegs Arbeiter beteiligt, sondern das Publikum eines Nachtcafés, und für die Laten eines Nachtcaféspublikums möchten wir doch wohl auch Deutschland nicht verantwortlich machen. Wer den Frieden zwischen den Nationen will, muß dafür sorgen, daß jeder Stoff zur Verheerung unterdrückt wird. Wir hatten allen Sekereten gegenüber an dem Grundlag der Gerechtigkeit und Freundschaft der Nationen fest, und wir sind überzeugt, diese unsere Politik wird den Sieg erringen. (Lebh. Bravo! h. d. Soz.)

Der Titel Staatssekretär wird bewilligt. Die Resolution der Kommission betr. die Zulassung zum diplomatischen Dienst wird angenommen.

Beim Kapitel „Gesandtschaften und Konsulate“ bringt v. Liebert (RP) einen Fall schwerster Mißhandlung zweier Berliner Schiffsjungen auf dem Schiff „Neereide“ vor. Der eine junge Mann ist schließlich in einem Hafen in Chile desertiert. Am Orte selbst befand sich kein deutsches Konsulat. Er kam dann zum Generalkonsul in Valparaiso, der ihn aber sofort als er hörte, er sei desertiert, mit den Worten abwieß: „Dann kann ich nichts für Sie tun. Wenn Sie gemißhandelt werden, haben Sie sich beim Schiffsführer zu beschweren.“ (Hört, hört!) Auch von einem deutschen Vizekonsul in einem anderen Orte wurde er aus diesem Grunde abgewiesen. Er fand Schutz bei armen chilenischen Leuten, mußte aber, da der Schiffskapitän nach ihm jucken ließ, in die Wüste fliehen, in Bergwerken arbeiten usw. Währenddessen war ein Brief, den er an seinen Vater nach Berlin geschrieben hatte, angekommen. Dieser telegraphierte an den Generalkonsul, bekam aber lange keine Antwort. Schließlich wurde der Fall in der Presse in Chile bekannt gemacht. Der junge Mann hörte davon, ging wieder zum Vizekonsul und bat ihn, an den Generalkonsul telegraphieren zu dürfen. Dieser setzte ihm das Telegramm auf, verweigerte ihm aber das Geld dazu. (Hört, hört!), so daß er sich es zusammenbetiteln mußte. Ganz ähnlich war es dem andern Schiffsjungen ergangen. Die beiden Väter haben beim Staatsanwalt in Bremen Klage geführt gegen den Kapitän und die Mannschaft. Es heißt, daß der Kapitän die härtesten Brüder schon von dem Schiff weggeschickt habe. Aus dem Fall ergibt sich, daß unsere Vizekonsuln einen Fonds zur Verfügung haben müßten, um solche Notleiden im Ausland unterstützen zu können. Besonders schmerzhaft ist für mich die Brutalität der deutschen Matrosen und die Lieblosigkeit der deutschen Konsuls gegenüber dem humanen Verhalten der einfachen Chilenen.

Wirk. Geh. Legationsrat Schmidt-Darpiß: Das Resultat der sofort vorgenommenen Untersuchung dieses Falles liegt noch nicht vor. Der Generalkonsul in Valparaiso erhielt im Oktober 1911 einen Brief, worin sich der eine Schiffsjunge über das Verhalten des Kapitäns und der Mannschaft beschwerte. Dem Kapitän wurde scharf die Weisung gegeben, daß er sofort Bericht geben solle. Inzwischen war der junge Mann über Bord gesprungen, ohne die weitere

Entwicklung abzuwarten. (Große Heiterkeit.) Die Verfolgung des Falles verzögerte sich nachher, weil er, als er in die Wüste entfloß, seine Adresse nicht zurückgelassen hatte. (Stürmisches Gelächter.) Er hatte doch Zeit gefunden, an seine Eltern nach Berlin zu schreiben. Daß der Wahlkonful ihm nicht gleich alles zu Gefallen tat, lag wohl an der äußeren Situation. Er stand aber hinter der Person, die ihn aufgenommen hat. Daß er ihm zum Telegraphieren kein Geld gab, lag daran, daß der junge Mann nicht bestimmte Anträge gestellt hatte. (Erneutes stürmisches Gelächter.) Wohl keiner von uns, der so von einer großen Zahl von Leuten überlaufen wird, wie unsere Konsuln im Ausland, würde wohl anders gehandelt haben. (Who! bei den Soz.) Daß unsere Wahlkonfuln mit größeren Mitteln versehen werden, ist natürlich ein sympathischer Gedanke. Es wird nur schwer sein, festzulegen, wie die Konsuln im einzelnen Falle handeln sollen.

Dove (Sp.): Wenn auch nur ein Teil von dem zutrifft, was Herr v. Liebert gesagt hat, so muß dieser Fall ein Gefühl der Empörung und des maßlosen Ertaunens hervorzurufen. Die Unterlassungen, die ja zweifellos vorliegen, sollte man auch nicht damit entschuldigen wollen, daß der hilflose junge Mann nicht alle notwendigen Formalien erfüllte. (Sehr wahr! links.) Was hier zutage tritt, ist der bürokratische Zopf (Sehr richtig! links) und der fürchterliche Autoritätsglauben, der in jedem, der entlaufen ist, ohne Rücksicht auf seine Motive einen Menschen sieht, dem er seine Hilfe nicht gewähren darf. (Sehr richtig! links.) Es mag sein, daß unsere Konsuln überlaufen werden, auch von vielen, die zu Unrecht desertiert sind, auf jeden Fall aber erfordert es die Menschlichkeit, erst einmal die Sache zu untersuchen. (Bravo! links.)

Mollenbuh (SD): Wenn der junge Mann so wenig Verständnis hat, so lag das daran, daß er den Eindruck eines armen Menschen machte. (Sehr wahr! bei den Soz.) In einem Streit zwischen Schiffsleuten und Kapitän oder Reedern stellen sich unsere Konsuln in der Regel auf die Seite des Kapitäns. Herr v. Liebert meinte, der Schiffsjunge sehe nicht im Vertrags-, sondern im Lehrverhältnis, bedürfe also besonderer Schutzes. Diesen Schutz hat der deutsche Reichstag bei Schaffung der Seemannsordnung den armen Schiffsjungen aber vorenthalten. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Disziplinarverhältnis ist auf den Schiffsjungen so geregelt, daß jeder seinem Vorgesetzten ohne weiteres zu gehorchen hat, der Steuermann dem Kapitän, der Matrose dem Steuermann und der Schiffsjunge dem Matrosen. Da die Schiffsjunge Söhne gebildeter Eltern waren, ist es möglich, daß sie die Seemannsordnung und ihre volle Rechlosigkeit gekannt haben. Wenn ein Konsul hört, daß ein Schiffsjunge desertiert ist, so hat er nach der Seemannsordnung dafür zu sorgen, daß der Schiffsjunge gewaltlos wieder zurückgebracht wird. (Hört, hört! bei den Soz.) Das kommt sehr oft vor. Wir haben uns bei der Seemannsordnung alle erdenkliche Mühe gegeben, für diese armen Schiffsleute einen gewissen Schutz durchzusetzen, aber die Mehrheit des Reichstags hat das abgelehnt. (Hört, hört! bei den Soz.) Daß solche Mißhandlungen namentlich der armen Schiffsjungen häufig vorkommen, ist jedem, der an der Wasserfront zu Hause ist, bekannt. Die Blankenefer-Schiffer waren seinerzeit berühmt, daß sie die besten Matrosen ausbildeten, aber auch berüchtigt dafür, daß bei ihnen die schlimmsten Mißhandlungen vorkommen. Aus den Darlegungen des Regierungsvertreters ging die völlige Unbeholfenheit des Auswärtigen Amtes solchen Fragen gegenüber hervor. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es heißt, der Kapitän hat die schlimmsten Leute schon weggeschickt. Ob das die schlimmsten waren, fragt sich noch, wahrscheinlich wird er die weggeschickt haben, die ihn belastet hätten. Die deutsche Regierung wird sich in acht nehmen, desertierten Schiffsjungen irgend welche Hilfe zuteil werden zu lassen, daher werden sich die Wahlkonfuln eben immer auf den Buchstaben des Gesetzes stützen. Wäre an dem Ort, wo der junge Mann desertierte, ein Konsul gewesen, so hätte er ihn sicher wieder auf das Schiff zurückbringen lassen, die Miß-

Anna.

Roman von Th. Mügge.

(20. Fortsetzung.)

Das finde ich sehr natürlich, fiel der Tischnachbar ein. Ich ebenfalls, fuhr die Dame fort; auch ist kein Zweifel, daß er gewisse Spuren entdeckt zu haben meint. Er wartet nur die Gewißheit ab und würde, wenn er diese erhielte, hier vielleicht an der Tafel aussprechen, um den oder die Verbrecher zu verhaften, wenn sie sich etwa unter den Gästen befänden.

Das würde ich auch tun, rief der alte Herr.

Ich auch, sagte Anna. Ich habe ihn aber sehr lieb und möchte, daß er in anderer Weise verführe. Er hat uns lebhaft zu einer Reise gedrängt, hat uns mit Hilfe des Majors, seines Freundes, hier eingeführt, umgibt uns mit seiner Sorgfalt unaufhörlich und ist zu unserem Dienst bereit.

Wie ein Kavaliere dies sein muß.

Das ist er, ein Mann von strenger Ehre, doch großmütigen Herzens. Wir sinnen darüber nach, ihn von seiner Schwermut zu heilen, und wollen noch heut mit einem Freunde verabreden, wie es am besten geschähe kann. Heut abend hoffen wir diesen in seiner Wohnung zu finden.

Der alte Herr fand diesen Eifer der Teilnahme eben so interessant wie aufopfernd und erzählte aus seiner Jugend ein langes Beispiel von edelmütiger Freundschaft, während der Nachbar auf der anderen Seite in Nachdenken über das verankert war, was er gehört hatte. Er wußte jetzt, warum er fortgesetzt verleugnet wurde, und erkannte plötzlich einen wohl angelegten Plan seines Verfassers, dem er allerdings einen Grund von Fanatismus zutraute, der des äußersten jähig war. Er malte es sich aus, wie der Blutträger mit der finstern Entschlossenheit in seinem Gesicht aussähen könnte, um laut zu rufen: Jetzt weiß ich, wer der Mörder meines Vaters war, dort sitzt er! — Unwillkürlich sah er starr auf Buben, der mit Stephanien fortgesetzt sprach und, indem er die Hand auf die Lehne ihres Stuhles stützte, leise Fragen an sie zu richten schien. Ein hoher Tafelaussatz, der in einem Blumenkorb endete, diente ihnen zum Versteck gegen Späherblicke; nur von Zeit zu Zeit sah Wilberg, wie Stephanians Augen ihn zu suchen schienen, und wie sie leise herüber lächelte, als sie ihn stumm und nachdenkend seinen Teller zertrüben sah.

Da Anna gar nicht aufhören konnte, mit dem alten Herrn zu sprechen, der ihr beteuerte, daß er in seinem ganzen Leben sich noch nie so gut unterhalten habe, wandte er sich endlich dem Gespräch zu, das der Kapitän ihm gegenüber führte, der auf sein Lieblingsthema, auf die Lage des Volkes und dessen

Not, gekommen war. — Er machte haarsträubende Schilderungen von der Verwahrlosung der unteren Klassen und brachte mit feiner Rücksichtslosigkeit die feinen Damen und Herren, welche gegen ihn stritten, in Schreden und Entsetzen.

Frau von Griefffeld fand es für geraten, die Tafel, sobald es ging, aufzuheben, denn der Kapitän hatte mit seinen ungeraten Behauptungen einen großen Teil der Gesellschaft in Harnisch gebracht. Man betrachtete ihn wie einen Wilden, der durch seine barbarischen Gebärden Grausen erregt, und spöttelte heimlich auch über die Tochter, die, wie man fand, mit ihrem auffallenden Wesen gut zu ihm paßte.

Nach dem Kaffee nahmen die Gäste Abschied. Der Kapitän empfahl sich mit höflich stolzer Würde, aber niemand ersuchte ihn, wieder zu kommen.

Das ist ein nährreicher Kauz, rief der Direktor lachend, einer von den Weltverbesserern in grauen Haaren.

Ich meine nicht, Onkel Tobias, sagte Frau von Griefffeld, daß wir Ihnen besonderen Dank für diese interessante Bekanntschaft schulden.

Begehren auch keinen! erwiderte der Major verdrießlich.

— Ist meine Sache — Wasen — wo ist er?

Er hat seinen werten Freund aus der Provinz begleitet. Die spöttischen Bemerkungen lenkten sich auf den unglücklichen Professor, der in die allgemeine Verurteilung gezogen wurde.

Frau von Griefffeld zog nach einiger Zeit ihren Satten beiseite. — Ich habe vorher einen offenen Brief gefunden, der an Stephanien gerichtet war. Er enthält Abschiedsworte und Glückwünsche, verworrene Klagen und seltsame Drohungen. Es ist mir aber dadurch deutlich geworden, daß es dem Professor gefallen hat, eine kleine Intrigue anzuzetteln. Um Stephanians Ruhe und Zukunft scheint es mir nach dieser Aufklärung nötig, seine Ungezogenheit zu strafen.

Ich werde dafür sorgen, erwiderte der Direktor. Er soll fort von hier, wir wollen ihn nach Vittahnen schicken.

Während dies beschlossen wurde, gingen die Verlohten Hand in Hand in dem leeren Saale auf und nieder. Stephanie war zum Scherze geneigt; fast schien es, als seien die Rollen zwischen ihnen getauscht, denn nur mit größter Anstrengung erzwang Wilberg ein Lächeln, das in der Nähe seines Herzens jeden Augenblick Schweißbruch zu leiden drohte. — Anna hatte kein Wort mehr mit ihm gewechselt, aber sie hatte neunmal ihren Zeigefinger langsam aufgehoben und wieder fallen lassen, als sie ihrem Nachbar mitteilte, wie sie den Freund heute noch aufsuchen wolle. War dies ein Zeichen für die Stunde? Sollte er sie um neun Uhr erwarten? — Wo? an welcher Stelle? — Er wußte es nicht. Als der Kapitän so raub und schonungslos gegen seinen Widersacher

tritt, herrschte allgemeine Stille; es war unmöglich, eine Frage an Anna zu richten, die mit Teilnahme ihre Blicke auf den Vater richtete und seine Worte mit einem beifälligen leisen Nicken ihres Kopfes begleitete.

Ert in dem Augenblick, wo sich die Gesellschaft erhob, unter dem Lärm der Stühle und Menschen flüsternde Wilberg: Feuerste Anna, haben Sie mir denn gar nichts zu sagen?

Petrus! Petrus! erwiderte sie eben so leise, indem sie sich verbeugte und den Finger ein wenig aufhob, ehe die Uhr schlägt, wirst du mich verraten!

Und jetzt, wo er mit Stephanians Händen spielte und ihre Finger an seine Lippen zog, dachte er an jene Worte.

Das war eine fatale langweilige Gesellschaft, sagte die Braut, und eigentlich sollte ich zürnen. Statt allen Spöttern zum Trost nicht von meiner Seite zu weichen, erobert der junge Herr eine schöne Tischnachbarin im Sturm; aber Du bist angeführt worden.

Angeführt? wie soll ich das verstehen?

Das Fräulein vom Lande war so ungezogen wie ihr Vater, fuhr Stephanie fort. Ich habe es wohl gesehen, wie oft Du Dich bemühest, galant zu sein, und wie sie eben so oft Dich abfertigte.

Sie hat prächtvolle Augen, sagte Wilberg.

Im Ernst, fragte Stephanie, findest Du diese Augen schön?

Schön? erwiderte er, nein, aber anziehend.

Also geistreich. — Kennst Du diese lebhaftes Geschwätigkeit wirklich geistreich?

Das will ich nicht sagen, aber sie weiß damit anzuregen. Hat sie Dich denn denn so sehr angeregt, lachte Stephanie, ihn betrachtend und die Hand an sein Kinn legend. Du kommst nicht los, ich muß wissen, wie es mit Deinem Geschnad steht. — Aufrichtig, findest Du dieses auffällige Wesen liebenswert?

Liebenswert? ich kenne sie ja nicht.

Aber wie Du sie kennst, so weit Du sie kennst.

Dann muß ich sagen: nein! —

In diesem Augenblick schlug die Gemäudeuhr an der Wand mit sonoren Schlägen die sechste Stunde, und zuckend zog Wilberg den Kopf zurück. — Es scheint eine wilde Pflanze, sagte er, in voller Freiheit aufgewachsen, ungehegt und von keinem Gärtner gezogen. Sie weiß nichts von den Formen der höheren Gesellschaft und vernachlässigt sie, darum paßt sie nicht in unsere gesellschaftlichen Kreise, wo Worte und Gedanken abgemogen werden.

Fort mit ihr, auf's Land! rief Stephanie, dort mag sie weiter gedeihen. Ich hoffe, sie wird uns nicht mehr langweilen.

Händlungen hätten sich verdoppelt, der junge Mann wäre vielleicht aus Verzweiflung über Bord gegangen, und es hätte dann geheißen: Ein Schiffsjunge ist über Bord gefallen, der Grund hat nicht aufgeklärt werden können. Es war also ein Glück für die jungen Leute, daß an dem Ort, wo sie desertierten, kein deutscher Konsul vorhanden war. Sie haben einmal an eigenen Leibe erfahren, was es heißt, Untergebener auf einem solchen Schiffe zu sein. Wenn Sie diese Frage näher prüfen, werden Sie vielleicht bei der nächsten Revision der Seemannsordnung doch dahin kommen, den armen Schiffsjungen etwas mehr Schutz zu gewähren. (Bravo! bei den Soz.)

Dr. Semler (M.): Der Fall zeigt, daß unser Konsulatswesen sehr reformbedürftig ist.

Der Titel wird bewilligt.
Zum Titel „Beitrag für das orientalische Seminar“ wird die Resolution der Kommission angenommen, die den Ausbau des Seminars zu einer deutschen Auslandshochschule verlangt.

Beim Titel „Förderung deutscher Schul- und Unterrichtszwecke“ empfiehlt

Ruchhoff (F.): die Resolution der Kommission, die eine Denkschrift über die deutschen Schulen im Auslande fordert.

Die Resolution wird angenommen, ebenso der Rest des Etats.

Es folgt der

Etat des Reichstanzlers.

Hierzu verlangt eine Resolution Albrecht (SD.) einen Gesetzentwurf, der für die Reichstagswahlen zum Schutze der Minderheiten und zum Zwecke der wirklichen Durchführung des gleichen Wahlrechts die Verhältnismäßigkeit und eine diesem Wahlverfahren entsprechende Gestaltung der Wahlkreise einführt.

Eine freisinnige Resolution sowie eine der Wirtschaftlichen Vereinigung wünschende Einführung von Beamten- und Angestelltenauschüssen.

Dr. Gradnauer (SD.): Wir leben im Jahre der Jubiläumstoten, nicht nur das Jubiläum von 1813 wird gefeiert, sondern auch der 25jährige Gedenktage des Regierungsantritts des Kaisers soll festlich begangen werden. Man hat sich den Kopf zerbrochen, wie das am besten geschehen könnte. Es wäre eine nicht üble Idee, alle 25 Jahre einmal ein Feiertag einzulegen, an dem keine Reden gehalten werden, und keine Bankette stattfinden. Wir leben, daß in dem vergangenen 25 Jahren das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes sich vollständig umgewandelt hat. Dank der Tätigkeit und des Fleißes der Arbeiter, Kaufleute, Ingenieure ist die Industrie und der Handel Deutschlands groß geworden, vor allem hat sich aus der Tiefe der Gesellschaft die Klasse der Arbeiter emporgehoben, die Anteil gewinnen will an den Kulturwerten und Einfluß auf die politische Entwicklung des Landes. Am schwersten empfindet man, daß die politischen Zustände dieser gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Umgestaltung nicht entsprechen. In bezug auf die Selbstregierung ist das deutsche Volk nicht vorwärts gekommen, während in anderen Staaten, z. B. in England, der politische Zustand sich den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt hat. In Deutschland ist der Zustand des halben Absolutismus und des Bürokratismus erhalten geblieben, die konservative Partei, die bei den Wahlen kaum ein Zwölftel der Stimmen erhalten hat, herrscht in Preußen und in Deutschland. Da braucht der Reichskanzler sich nicht zu wundern, daß in weiten Volksteilen keine besondere Jubiläumstimmung vorhanden ist. Das deutsche Volk soll in diesem Jahr persönliche und finanzielle Opfer bringen, aber vergebens fragt man nach der Jubiläumsgabe unserer Herrschenden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Von einem fruchtbareren Vordrängen kann man in der Vera Berthmann-Hollweg nicht sprechen, er ist ein Kandidat des Status quo, des Stillstandes. (Sehr wahr! bei den Soz.) In längst überlebten Einrichtungen soll festgehalten werden. Bei der Militärverwaltung verleiht sich der Reichskanzler auf den angeleglichen Willen des Volkes. Wo es sich um wirkliche Wünsche des Volkes handelt, spricht er nur von den roten Stimmzetteln, da widerstrebt ihm die Demokratie im höchsten Maße. Im Januar des vorigen Jahres hat eine ungeheure Mehrheit des Volkes eindringlich den Willen bekundet, es soll mit der gegenwärtigen Politik ein Ende haben. Aber der Reichskanzler hängt ja nicht vom Volke ab, und glaubt diesem Rufe des Volkes nicht Folge leisten zu brauchen, er ist nicht ein Kanzler für die Entwicklung, sondern gegen die Entwicklung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Freilich ist nicht er allein schuldig, sondern vor allem die Parteien dieses Hauses, und nicht bloß die ehemalige Schwarzblaue Mehrheit, sondern in erster Reihe die Nationalliberalen, die nicht den Kanzler entschieden genug

vorwärts drängen. Auf ihrem Parteitag sprach Herr Baffermann am ersten Tage, es seien Garantien für die Freiheitliche Entwicklung des deutschen Volkes notwendig. Dann trat aber am zweiten Tage Herr Friedberg mit seiner alt-nationalliberalen Freunden auf, wettete gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht und trat ein für den sogenannten Arbeitswilligen. Bei den Nationalliberalen ist, wie sich hier wieder zeigte, es unmöglich, eine bestimmte Farbe festzustellen, sie bilden ein groteskes Gemisch aus den Farben des Faschbundes und denen des Bundes der Landwirte. (Sehr gut! und Sehr gut! bei den Soz.) Der Reichskanzler hält an dem Programm der Sammlung aller bürgerlichen Parteien nicht fest, sondern hofft immer noch mit dem Dreibund aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen eine Politik zu machen, durch welche jeder wirklich liberale und demokratische Fortschritt unmöglich wird. Auch bei den Steuervorlagen wünscht er das, und wir werden abwarten, ob die Nationalliberalen die Anfänge einer gerechten Steuerpolitik dem deutschen Volke verpassen. Ich frage nun den Reichskanzler nach der jetzigen Stellung der Reichsregierung zum Orden Jesu. Es scheint etwas norzugehen, man sagt, es würde ein Handel geschlossen zwischen dem Reichskanzler und Herrn Spahn nach der Formel: Soldaten gegen Jesuiten! Das Zentrum soll Tausende von Offizieren bewilligen, und die Regierung dafür Tausende von Jesuiten. (Lebh. Hu! Hu! im Zentrum.) Wir Sozialdemokraten sind für die Aufhebung des Jesuitengebietes, wir wollen es aber nicht mit 130 000 Soldaten und einer Milliarde neuer Steuern bezahlen, wir wünschen auch auf diesem Gebiete eine klare Politik und keine Geschäftsmacherei. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ein solches Handelsgeschäft würde den Tiefstand unserer Politik beweisen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Einige kleine Verbesserungen, die durch den Reichstag erreicht sind, erkennen wir gerne an, aber sie alle sind der Regierung erst nach langem, jähen Kampfe abgerungen worden. Auch bei dem neuen Zustande der Wahlen ist das der Fall. Wir hätten wirklich einheitliche und gleichartige Wahlen aus Reichsmitteln gewünscht, bei der vorgelegten Bestimmung befürchten wir noch mancherlei Schwierigkeiten bei den Wahlen. Auch dieser kleine Fortschritt ist den Sozialdemokraten zu verdanken; sie erinnern sich ja an die beschämende Abhängigkeit des Staatssekretärs des Innern von dem preussischen Polizeiminister, die hier aufgedeckt wurde. Ohne das hätte Herr v. Dallwitz seinen konservativen Freunden die kleine Unannehmlichkeit dieses Zustandes nicht bereitet, Herr Delbrück sollte uns eigentlich dankbar sein, daß wir ihm zu diesem Sieg über die preussischen Konservativen verholfen haben. (Lachen rechts.) Sie sehen, wie gerade wir Sozialdemokraten positive Arbeit verrichten. Aber bei diesen kleinen Fortschritten kann von einer Abkehr von dem konservativen Kurs gar keine Rede sein. Noch immer haben wir nicht die Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre erreichen können. Wie dringend nötig wäre eine Erhöhung der Witwen- und Waisenbezüge, die heute nur ein klägliches Almosen sind. Wie nötig wäre weiter ein erhöhter Waisenrentenbeitrag, eine großzügige Säuglingsfürsorge, eine Ausgestaltung der Tuberkulosefürsorge, eine Reichswohnungs-gesetzgebung im großen Stil. Aber in all diesen Fragen heißt es: Es ist kein Geld da. Die Regierung verlangt jetzt eine Militärmilliarde. Wie wäre es, wenn man auch einmal eine Kulturmilliarde aufbringen wollte. (Sehr gut! bei den Soz.) Man braucht nur statt 1 Prozent 1 Prozent zu erhöhen. Wie leicht es weiter mit den Rechten der Arbeiter? Das Koalitionsrecht wird nicht gesichert, sondern es erhält fort-dauernd Mißhandlungen. Der Gedanke der Arbeitslosen-unterstützung kommt nicht vorwärts. Bei den sozialpolitischen Debatten bedeuteten die Ausführungen des Herrn Delbrück nichts anderes, als daß Schluß mit der Sozialpolitik gemacht werden soll. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird fort-dauernd beschränkt von Polizeibehörden. Reichs- und Staatsbeamte und Angestellte werden ihren Vereinigungs-rechten beraubt, die Jugendvereine, Turn- und Sportvereine der Arbeiter werden unter die politischen Paragraphen des Vereinsgesetzes gezwängt. Das Verhalten der Polizeibehörden in Braunschweig gegenüber unseren französischen Genossen Compere Morel ist geradezu eine Schande. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vizepräsident Paasche ruft den Redner zur Ordnung! Bravo! rechts.) Die Tatsachen werden für sich selbst sprechen. Die Behörde in Braunschweig hat die Ausweisung in der denkbar schroffsten Form vollzogen. Man hat Compere Morel nicht einmal die Möglichkeit geben wollen, auf dem Bahnhof irgend eine Speise zu sich zu nehmen. (Hört, hört! bei den Soz.) Man hat ihn im Wartesaal festgehalten, er durfte nicht den Zug wählen, den er wünschte, ihm wurde nicht gestattet, die Parteifreunde in Braunschweig zu benach-

richtigen. Auch seinem Begleiter, einem deutschen Reichsangehörigen, hat man nicht erlaubt, an das Telefon zu gehen, um Mitteilungen über die Maßnahmen der Polizei zu machen, er wurde mit Verhaftung bedroht, wenn er nicht sofort mit dem nächsten Zuge abfahren würde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Mit welchem Rechte schreibt die Braunschweiger Polizei so etwas vor? Herr v. Dallwitz hatte über diesen Fall eine jener Reden gehalten, die Schatzmachereien sein sollen, aber von dem größten Teil der Bevölkerung nur mit Heftigkeit aufgenommen werden. Die kleinliche Polizeimaßnahme gegen Morel kann uns vor In- und Ausland nur mit Spott bedecken. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Einige Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers. Die Maßnahmen der Regierung gegen die Lebensmittelpreiserhöhung haben keine wesentliche Erleichterung gebracht. (Unruhe rechts.) Nicht wir entwerfen Zerrbilder über die Lage der Arbeiter, sondern diejenigen, die immer von der gefüllten Kompottschüssel der Arbeiter sprechen. (Sehr gut b. d. Soz.) Alle Lohnverbesserungen werden wettgemacht durch die Verteuerung der Lebenshaltung. Während Amerika jetzt nach dem Umkehrung seine Zölle herabsetzt, und um den Ausfall zu decken, eine kräftige Steuer auf die hohen Einkommen legt, warnt bei uns der Reichskanzler davor, die Besteuerungen zur Grundlage der deutschen Reichsfinanzen zu machen. An eine Befestigung der gefährlichsten indirekten Steuern, wie der Streichholzsteuer, der Salzsteuer, der Fahrkartensteuer wird nicht gedacht. Was bewirkt diesen Stillstand der Reichspolitik? Das Problem der Probleme ist die vollständige Abhängigkeit des Reiches von Preußen und den preussischen Junkern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dank dem Klassenwahlrecht in Preußen geht es im Reich nicht vorwärts, deshalb ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart, die Reform des preussischen Wahlrechts. Herr v. Dallwitz hat ja gestern unter dem Freudenjubel seiner Freunde ein Lobgedicht auf dies Wahlrecht gesungen. Er hat gemeint, das abgestufte Wahlrecht entspreche durchaus der wirtschaftlichen und kulturellen Gliederung der Bevölkerung. Es entspricht also wohl auch der kulturellen Bedeutung der Ministerkollegen des Herrn v. Dallwitz, daß sie in der dritten Wahlklasse wählen. (Sehr gut! b. d. Soz.) In einem Bezirk, wo ein einziger Mann in der ersten Wahlklasse ist, wählt der preussische Kultusminister in der dritten Klasse. Zwei Wähler erster Klasse wählen kulturell besonders hoch stehen, denn in der dritten Klasse desselben Bezirks wählen die Herren Biele, Delbrück und der Reichskanzler. (Hört, hört! und Gr. Hitt.) Das Versprechen der Chronrede ist un-erfüllt geblieben, keine bessere Jubiläumsgabe könnte dem deutschen Volk beschieden werden als eine Reform des preussischen Wahlrechts. Im Nachbarstaat Belgien kämpft das Volk jetzt einen heldenmütigen Kampf für ein besseres Wahlrecht durch einen heroischen Generalstreik. Früher oder später wird dasselbe auch bei uns in Preußen der Fall sein. (Hört, hört! rechts.) In dies Wahlrecht muß Breishe eingeschlagen werden. Geht es nicht im guten von oben, dann wird der Druck von unten sie dazu zwingen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Auch das Reich ist weit entfernt von einer modernen Volksvertretung. Selten erscheint der Reichskanzler hier. Viel zu spät wird der Reichstag einberufen. Die Zulage ist nicht gehalten worden, daß der Kaiser sich möglichst Zurückhaltung auferlegen wolle. So haben wir im August 1910 die Gottesgabrede in Königsberg erlebt, dann die Coligny-Rede, zuletzt die vielen Jubiläumreden und schließlich die Rede über den Bettlauer-Kroggen. Der Kaiser erhält völlig unzureichende Informationen. Auch die hoch offiziellen Mitteilungen über die Schenkung des Gutes Cadinen an den Kaiser beruhen auf einer größtenteils freierführender öffentlicher Meinung. (Lebhaftes Hört, hört! b. d. Soz.) Verschiedene Blätter haben behauptet, daß die berechtigten Ansprüche von Verwandten des früheren Besitzers zurückgewiesen worden seien. Nun erklärt die „Nordd. Allg. Ztg.“, es habe überhaupt keine Schenkung stattgefunden. (Sehr richtig! rechts.) Diese Behauptung ist falsch. In einem Handschreiben des Königs an den Vorkaiser wird ihm „königlicher Dank von Herzen ausgesprochen“. Wenn es sich um einen gewöhnlichen geschäftlichen Vertrag handelte, wäre ein solcher Brief wohl nicht geschrieben worden. Der Kaiser hat mindestens eine Willkür als Geschenk erhalten. (Vizepräsident Dove bittet, nicht auf Dinge einzugehen, die nicht politischer Natur sind.) Der Wächter Soholt ist mit Geld abgefunden worden und hat einen Orden als Pflicht bekommen. Wolte man all den Leuten, denen vom Kaiser Unrecht geschieht, einen Orden geben, so würde die Zahl der Orden nicht ausreichen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In einer Rede im Landwehroffizierskassino hat der Kaiser heftige Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet, hat er die Offiziere zum Kampf gegen die finsternen Mächte des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit aufgerufen. Uns können ja solche Angriffe sehr kühl lassen, wir haben mit den Wirkungen solcher Reden recht gute Erfahrungen gemacht. Etwas anderes ist es aber, ob der Reichskanzler solche Angriffe auf große Schichten des Volkes für wünschenswert hält. Vizepräsident Dove: Sie haben keinen Beweis dafür, daß große Massen des Volkes, besonders Ihre Partei, gemeint gewesen sind. (Schallende Hitt.)

Du bist, wie ich denke, besser gefahren, erwiderte Wilberg lächelnd.

Remigions in es bei uns nicht ganz so lässigiam her-gegangen.

Vertraulich, wie es mit vorkam.

Du hast Herz gesehen, lächelte die Braut.

Ich hab, wie der Herr Pfarrer, mein schwarzer Wider-lacker, den ich auf die Ohme Deines Stuhles setzte und, zu Deinem Ohr geneigt, Dir etwas mitteilte. Was war es?

Ja wenn Du das wüßtest!

Ein jäher Schreck wurde durch seine Braut.

Er sprach von mir? Oder vielleicht von sich selbst: von den Wünschen meines Bräutigams, zu dessen Träger er mich gemacht.

In Sophonis Augen schimmerte die Freude über diese Erregtheit und jugendlich Begegnung. — Ich habe gehört, sagte sie, das Männer, die sich nicht völlig verlieren, am besten tun, sich ganz zu weiden. Weide ihn, lieber Götter.

Er haßt mich, ich weiß es, sagte Wilberg, und in seinen Blicken brannte der Haß.

Wie wird es weit gehen, erwiderte sie; aber ich weiß nicht, wie ich es nennen soll: er fragte seinen hin und her, bis zuletzt als er die Hand auf meinen Strahl legte —

Was, zuletzt?

Er fragte mich etwas, — ich darf es Dir wohl nicht sagen —

— Er lächelte. Er sprach über die Unverständlichkeit der Rei-gungen, über den Bräutigam, mit dem Ehen ohne wahrer Liebe geschlossen wurden.

Unverständlich! rief Götter, mit dem Haupte kampierend.

Wie kannst Du so lässig sein!

Ja, Du hast recht, erwiderte er, es ist Torheit: was geht mich dieser Bräutigam an, was geht mich keine Abhandlungen an! Mag er sie halten, wenn er will, und mag er sich trennen, wie er kann. — Wir wollen ihn beide meiden! Ich er dem lechzend fort, indem er die Braut zum vertrauten Platz in der Nähe des Herdes führte: ich habe auch gar nichts dagegen, wenn er mit mir wieder in den Weg tritt, wenigstens will ich nicht mehr an ihn denken, sondern nur an Dich.

Aber dieser Bräutigam, so natürlich er war, konnte doch nicht so leicht erwidert werden. Die Stunden liefen rasch vorbei: die Schwestern saßen am Spielstisch, die Bräutigam waren langsam im Zimmer, und doch blühte Wilberg von Zeit zu Zeit bedeutend nach der Braut. Die Braut nicht antworten ließ, seine Schwestern sprachen mit ihm, und während er sprach, schenkte die Köche der Unterhaltung lang, schenkte eine andere vor seinen Blicken. Er kam über den Vorhang nach, und zu gehen, und konnte den raschen nicht hören; plötzlich hob die Braut aus und schlug raschmal; ein rascher Hand er auf-

Du willst fort? fragte Stephanie vermundert.

Ich mag, ich habe es einem Freunde versprochen. Aber, sagte er tröstend, ich lasse meine Mutter zum Pfande und kehre bald zurück.

Ich lasse Dich nicht, rief sie, ihn festhaltend.

Es entstand ein Streit unter Lachen und Befürwörungen, der mit Bestimmtheit endete. Wenn meine Wünsche nichts gegen den Grund vermindern, sagte Stephanie, so muß ich mich begeben.

Ich komme wieder in einer Viertel-, in einer halben Stunde! mit diesen Worten eilte er fort.

Stephanie konnte nichts tun, als ihm bei der Gesellschaft entschuldigend, die hin und her riet, wem das späte Stellding ein gelte.

Währenddessen eilte Wilberg rasch davon. Der Mond schien hell und ließ die schweren Schatten der Häuser scharf von den Dächern auf den Straßen, wo es still und fast war. Nur dann und wann kamen Menschen, deren Gestalt und An-sichten Wilbergs Aufmerksamkeit erregten, denn immer glaubte er, daß er Anna oder den Kapitän oder beide auf seinem Wege finden müsse, aber es war nicht so; er sah sich stets von neuem getäuscht. Langsam weiter gehend, bog er Ecke um Ecke und befand sich endlich nahe an seinem Hause, ohne eine Spur entdeckt zu haben.

Es ist doch ärgerlich, murmelte er; es ist dringend nötig, daß ich sie finde.

Diese ängstliche Sorge muß aufhören, ich muß frei atmen können; denn ich komme mir vor wie ein Verbrecher, der des Urteils harret, des jeden Tag das Richtschiff auf ihn lassen lassen kann.

Er blieb stehen, sah sich nach allen Seiten um und bemerkte nichts. — Bei Gott! rief er, dies Warten, bis es dem Zufall gefällig ist, die Wahrheit an den Tag zu bringen, ist schlimmer, als ein offenes Hintertreiben und die Folgen erwarten. Wenn es sich jetzt nicht lösen läßt, wenn meine Freunde von der Grenze mich vergebens warten lassen, habe ich die größte Lust, mich selbst zu melden und diesem unheimlichen Geheiß zu folgen: Du bist ich, ich tat es; so war es, nur entsetzt.

In dem Augenblick trat aus der dunklen Seite der Straße ein Mann, der quer darüber fortjagend an dem Wartenden hart hinantrieb, welcher ihn aufmerksam betrachtete. — Der schlängelnde Körper des Fremden war in einem gelblichen Mantel gehüllt; er sah aus wie einer, der nichts Gutes im Sinne hat und seine Gelegenheit abwartet. Unwillkürlich trat Wilberg einen Schritt zurück, als er den Mann stehen bleiben und sich zu ihm wenden sah.

(Fortsetzung folgt.)

Reichskanzler Dr. von Bethmann-Hollweg be-treitet zunächst, daß von einem Kuhhandel bei der Jesuiten-stange die Rede sei. Über den Beschluß des Reichstags auf Aufhebung des Jesuitengebietes hat der Bundesrat noch nicht entschieden. Die Einzelheiten der Vorgänge in Braun-schweig sind mir unbekannt und dem braunschweigischen Bundesratsbevollmächtigten auch. (Lachen Gelächter.) Sachlich meine ich, wenn die Sozialdemokratie Deutschland die Verwirklichung seiner Rüstungen vorenthalten will, die zur Sicherung unserer Zukunft nötig ist, dann mag sie es unter sich abmachen. (Lebh. Zust. b. d. bürgerlichen Parteien.) Gegen meine Freunde dürfen wir unser Veto einlegen. Nun hat der Fortdauer gesagt, daß Herr Compere Morel gar-nicht gegen unsere Vorlagen hätte sprechen wollen, sondern gegen den französischen Chauvinismus. Das wäre ja an sich ein sehr verdienstvolles Werk, aber seine Unwesenheit in einer deutschen Versammlung sollte doch dazu dienen, Ihre Agitation gegen die Reichsvorlage zu migen. Was wir zur Verstärkung unserer Armee tun wollen, darüber kann nur

von Deutschen ganz allein beschlossen werden. (Beifall rechts.) — Der Fall Sobst ist vom Kaiser in einer Weise erledigt worden, daß er für uns alle erledigt sein kann. (Lebh. Beifall rechts.) Den Brief des Kaisers an den früheren Besitzer von Cadinen kenne ich nicht. Ich kann nur angeben, daß im kaiserlichen Archiv ein Kaufvertrag vom 15. Dezember 1898 liegt, dessen § 1 lautet: „Der Kaiser überträgt heute von Herrn Birker die und die Bestzung“ und § 5: „Der Käufer zahlt eine einmalige Barsumme von 50 000 Mark und außerdem eine jährliche Rente“. (Hört, hört!) Ich halte die Behauptung der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ also aufrecht. — Der Vorredner hat sich dann beklagt, daß der Kaiser in einer Tischrede die Landwehroffiziere aufgerufen hat zum Kampf gegen die finsternen Mächte des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit. Wollen Sie etwa bestreiten, daß solche Mächte bei uns an der Arbeit sind? Wollen wir nicht täglich in der sozialdemokratischen Presse Verhöhnungen des Gottesglaubens lesen? (Lebh. Widerspruch bei den Soz., lebh. Zustimmung besonders rechts und im Zentrum.) Kürzlich wurde mir ein Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ vorgelegt, in dem Einrichtungen des christlichen Glaubens in einer Weise dargelegt sind, daß ich den Staatssekretär des Reichsjustizamtes gebeten habe, zu prüfen, ob nicht die Voraussetzungen der strafrechtlichen Verfolgung gegeben sind. Wenn Sie ehrlich sein wollen, müssen Sie mir zugeben, daß Sie trotz aller Toleranz, die Sie predigen, unangenehm den Gottesglauben anderer Leute angreifen. (Lebhafte Zustimmung besonders rechts und im Ztr., Widerspruch bei den Soz.) Der ganze Reichstag ist da auf meiner Seite. (Erneute Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Und ebenso wird die Vaterlandsliebe von Ihnen verspottet. Denken Sie an die berühmte Debatte in der Berliner Stadivereinensversammlung über die Hundsjahresfeier. Erinnern Sie sich an die Antworten der Freisinnigen? Und da wundern Sie sich, daß der Kaiser 8 Tage später an die sittlichen Kräfte, an den Gottesglauben erinnert hat? Der Kaiser hat dem Volke damit aus der Seele gesprochen, und das lassen wir uns nicht durch Ihre Angriffe verkümmern. (Lebh. Beifall b. d. bürgerl. Parteien.)

Liesching (Wpt.) bezeichnet die Ausweisung Morels als eine kleinliche Maßregel. Die Kritik an öffentlichen Reden des Kaisers lassen wir uns nicht nehmen und wir bedauern, wenn er falsch unterrichtet war, wie im Falle Sobst. Aber ob er das Gut Kadinen geschenkt bekommen oder gekauft hat, ist für die Öffentlichkeit ganz gleichgültig. (Zust. b. d. Wpt.) Für die sozialdemokratische Resolution werden wir stimmen.

Morawski (Wpt.) Die ganze Politik der Regierung gegen die Polen kommt nur der Sozialdemokratie zugute. Die Regierung will nur uns enteignen, die Sozialdemokratie alle; der Geist ist derselbe. (Bravo! bei den Polen.)

Ein Verfassungsantrag wird abgelehnt.

Hirtmann (Soz.) Die Wahlen von 1912 haben bewiesen, wie das Volk über die Politik des Reichstanzlers denkt. (Sehr wahr! bei den Soz.) In ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen werden den Arbeitern nach wie vor die größten Schwierigkeiten gemacht. Daß gegenüber Ausschreitungen bei Streiks die heutigen Strafbestimmungen mehr als ausreichen, beweisen die Erfahrungen im Ruhrrevier, wo 30 Jahre Gefängnis und 16 245 Mk. Geldstrafe insgesamt verhängt worden sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Von 1206 Anklagen mußten 306 Freisprüche erfolgen. (Hört, hört! bei den Soz.) Redner begründet dann den Antrag auf Einführung des Verhältniswahlrechts bei den Reichstagswahlen. Der Reichstag würde eine ganz andere Zusammensetzung erfahren, wenn wir ein wirklich gleiches Wahlrecht hätten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die industrielle Entwicklung hat die großen Massen in den Großstädten zusammengeführt. Das bedingt mit Notwendigkeit eine andere Wahlkreiseinteilung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber man fürchtet eine Änderung, um nicht unseren Einfluß zu vermindern. Infolge des Majoritätswahlrechts bleiben über 5 Millionen Wähler überhaupt unvertreten. Daher verlangen wir die Berücksichtigung der Minorität. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Behauptung, wir ständen der Religion feindselig gegenüber, hat der Reichstanzler in keiner Weise begründet. In unserer Partei wird Religion für Privatsache erklärt; niemand erfährt eine Zurücksetzung wegen seiner religiösen Überzeugung. Aber die Kritik an den kirchlichen Einrichtungen, die sich in keiner Weise mit religiösen Überzeugungen decken, werden wir uns auch in Zukunft nicht verwehren lassen. Der Fall Sobst ist keineswegs für die Öffentlichkeit erledigt. Auch das Wort von der „vollen Kompromittiertheit“ beweist, wie falsch der Kaiser über die Ergebnisse der Sozialpolitik unterrichtet ist. — Bei der Nachwahl in Greiz ist dem Wahlgeseh eine falsche Auslegung gegeben worden, Leute, die innerhalb des Wahlbezirks von einem Ort in den andern verzogen waren, hat man am Wählen verhindert, obwohl nach den alten Listen gewählt wurde. — Die Wirtschaftspolitik des Reichstanzlers stützt dazu, die Starken und Mächtigen immer mehr zu stärken, den Kleinen und Schwachen in Gewerbe, Handel und Industrie und vor allem den Massen der Arbeiter das Leben immer mehr zu erschweren. Die feste Phalanx der Arbeiter gegen diese Wirtschaftspolitik werden Sie nicht zerstückeln können. Gerade die Arbeiter sind es, die im Verein mit den Männern der Wissenschaft und Technik die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens bilden, durch dessen Aufschwung Deutschland groß geworden ist. Umso unbegreiflicher ist es, daß die Regierung die Arbeiter rechtlos halten will. Wir protestieren dagegen, die Mehrheit des Volkes ist nicht nur zum Arbeiten da, sondern das Volk muß auch die Rechte verlangen, die der heutigen Entwicklung entsprechen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Gradnauer (Soz.) Die Vorziehung des Kaufvertrages bei der Übernahme des Gutes Cadinen durch den Kaiser ist eine Freiheilung, sowohl der öffentlichen Meinung als des Kaisers. Der Reichstanzler weiß sowohl als Jurist wie als Landwirt recht gut, daß auch Schenkungen in solcher Form erledigt werden. Der von mir verlesene Brief des Kaisers an den Landrat Birker beweist deutlich, daß das Gut Cadinen ohne Gegenleistung an den Kaiser übergegangen ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man hat dem Kaiser damals offenbar auch verheimlicht, daß der Landrat Birker arme Verwandte hatte (Hört, hört! b. d. Soz.), die geradezu brutal behandelt wurden. (Präsident kämpf: Ich bitte diesen Gegenstand zu verlassen; das gehört nicht in den Reichstag.) Diese Vorgänge sind nur Symptome schwerer Abstände in den höchsten Regionen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Diskussion schließt. Bei der Abstimmung über die Resolution Albrecht, die durch Sammelstimme erfolgen muß, weil das Resultat zuerst zweifelhaft bleibt, stimmen 90 Abgeordnete für, 88 gegen die Resolution. Das Haus ist also beschlußfähig.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Fortsetzung der Beratung; dann Wahlprüfungen und Militäretat).

Schluß: 7¼ Uhr.

Ein Jahr nach der Lena-Mehelei.

Am 17. April 1912 knatterten die Gewehre der Soldaten, die gegen die streikenden Arbeiter in den Goldfeldern an der Lena aufgebildet worden waren. Kein Zusammenstoß der „auftändischen“ Arbeiter mit dem Militär, wie der Minister des Innern der Duma und die öffentliche Meinung anlang, sondern ein planmäßiges Niedermegeln der zu friedlichen Verhandlungen versammelten Menge! Kein Kampf der mit unehörter Grausamkeit ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter mit den uniformierten Soldaten des Kapitals, mit den beamteten Hüttern „der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit“, sondern ein sorgfältig vorbereitetes Abschlagen der Arbeiter, um dem friedlichen Lohnkampf ein jähes Ende zu setzen! Und das Ergebnis: 270 Tote und 250 Verwundete.

Selbst in dem von Bogromisten regierten Rußland war die Arbeitermehelei an der Lena ein Ereignis, das die gesamte innere Politik für einige Zeit aus den Fugen brachte. Die Arbeiter im ganzen Reich streikten, die Abgeordneten in der Duma hielten oppositionelle Reden, die Presse behandelte eingehend die entsetzlichen Arbeitsbedingungen der Lohnsklaven in den Goldfeldern, die zur Katastrophe geführt, und selbst die Regierungsbücher vom Slatage der „Nowoje Wremja“ entdeckten plötzlich ihr arbeiterfreundliches Herz und protestierten gegen die Niedermegeln streikender Arbeiter — allerdings nur deshalb, weil das Goldkapital an der Lena zu einem großen Teile jüdisches Kapital war. . . . Die Empörung wuchs noch, als das intime Verhältnis zwischen den Regierungskreisen und den Leitern der Goldgesellschaft an den Tag kam, als die näheren Einzelheiten des Massakers die völlige Versippung der Regierung und ihrer ausführenden Organe mit den kapitalistischen Blutsaugern an der Lena erwiesen. Eine allerhöchste Revision wurde angeordnet, der Senator Manuchin ging mit unbeschränkter Vollmacht ausgerüstet nach dem Streikgebiet, die liberalen Schaumflügel träumten bereits von einer neuen konstitutionellen Ira, und nur die drohenden Worte des Polizeiministers Matarow: „Es war so, es wird immer so bleiben!“ enthielten vor der Öffentlichkeit den wahren Kern der Regierungsbestrebungen auch in dieser Affäre.

Der Polizeiminister behielt recht! Soweit es auf die Behandlung der ganzen Angelegenheit durch die Regierung und auf die Konsequenzen, die sie daraus zog, ankommt, ist in der Tat alles beim alten geblieben. Noch vor kurzem hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Interpellation in der Duma eingebracht:

1. Wann werden endlich die Ergebnisse der Untersuchung des Senators Manuchin über die Ursachen und Begleitumstände des Streiks in den Lena-Goldbergwerken veröffentlicht werden?
2. Sind die Personen, die schuld sind an dem Niederschlagen der Arbeiter am 17. April, an dienstlichen Fälschungen, begangen durch bewußt falsche Meldungen über den Überfall der Arbeiter auf die Truppen, an dienstlichen Übergriffen, an der ungesetzlichen Freiheitsberaubung der Mitglieder des sogenannten Streikkomitees in den Goldgruben, an gesetzwidriger Untätigkeit im Dienst, begangen durch die Zulassung offenkundiger Gesetzesverletzung durch die Lena-Goldgesellschaft, zur gesetzlichen Verantwortung gezogen worden?
3. Welche Maßnahmen der Gesetzgebung und der Verwaltung beabsichtigt die Regierung zu ergreifen, um die allgemeine Lage der Grubenarbeiter zu verbessern?

Seit der Einbringung der Interpellation sind bereits Wochen vergangen, aber noch immer hat die Duma, trotz des Drängens unserer Genossen, keine Zeit gefunden, sie auf die Tagesordnung zu setzen. Der Ministerrat selbst hat ja diese unbequeme Angelegenheit bereits im Februar „liquidiert“. Der Bericht des Senators Manuchin, der die sozialdemokratischen Anklagen vollumfänglich bestätigt, ist doch schon glücklich in der Versenkung verschwunden! Wozu also die blutigen Schattenspiele der Vergangenheit waden? Wozu die „panflavistische Begeisterung“ durch die Erinnerung an die freisindigen Krebschäden des gesamten Staatslebens, durch die Aufrollung der Arbeiterfrage trüben? . . . „Es war so, es wird immer so bleiben!“

Hat aber die Lena-Affäre den völligen Bankrott der herrschenden Klassen erwiesen, die sich nur sicher fühlen, wenn der alte Polizeistaat erhalten bleibt, und die dringendsten Lebensfragen des Landes von der Tagesordnung der Geschichte abgesehen werden, so hat sie aber zugleich in den arbeitenden Klassen die Rolle der Geburtsheilerin einer neuen Massenbewegung gespielt. Die Flottenjahren, die einige Hundert Proletarier im fernen Sibirien niederknieten, fanden ein weitfallendes Echo im ganzen Reich und weckten die gesamte Arbeiterklasse Rußlands, von Warkau bis Wladiwostok, von Archangelsk bis Astrachan aus der aufgezogenen Ruhe und Passivität der letzten Jahre. Langsam fortschreitend, gleichsam tastend und ihrer Kraft noch nicht bewußt, ging die spontane Streikwelle aus einer Provinz in die andere über, bis die gesamte Arbeiterklasse ihren lang zurückgedämmten Groll in imposanten Protestmanifestationen zum Ausdruck brachte. Und dann kam die Maifeier 1912, eine der wichtigsten Daten in der russischen Arbeiterbewegung. Was im April noch gescheit hatte, das wurde am russischen 1. Mai nachgeholt. Waren die Proteststreiks nach der Lenamehelei nur der Ausdruck des spontanen Aufbäumens gegen das Blut und den Schmutz der konterrevolutionären Epoche gewesen, so war die Maifeier ein glühendes Bekenntnis zum Sozialismus, zu den revolutionären Traditionen und Aufgaben der russischen Sozialdemokratie. Der reaktionäre Schriftsteller Menschikow schrieb damals in der „Nowoje Wremja“: „Gleichsam auf ein unsichtbares Geheiß haben hunderttausend Arbeiter die Arbeit im Stillsitzen gelassen und die Straße betreten. Sie verhielten sich ruhig und gemessen, als unterwarfen sie sich einer unsichtbaren Disziplin, aber die Diszipliniertheit der Volksmassen ist in solchen Fällen wohl gefährlicher, als der ungezügeltere Lärm eines gewöhnlichen Volkshauens. Denn die Diszipliniertheit ist es, die die politische Bewegung von der polizeilichen Unordnung unterscheidet. . . . Die Demonstration am 1. Mai wurde auf dem gesamten ungeheuren Territorium Petersburgs inszeniert, und mir persönlich erschienen die revolutionären Prozeduren durch die armen Arbeiterviertel gefährlicher, als die Manifestationen auf dem Newski und auf der Moroski.“

Die öffentlichen Kundgebungen der Arbeitermassen im April und Mai zerbrachen das Eis, das bisher noch die Arbeiterbewegung in Rußland in ihrer Entwicklung gehalten hatte. Waren die politischen Streiks nur möglich auf dem Boden der industriellen Prosperität, die die Kriege der vorhergehenden Jahre abgelöst hatte, so dienten sie wiederum als Aufstoß für die wirtschaftlichen Streiks, die sich nun wie eine Welle über das ganze Reich ausbreiteten. Ihnen folgten wiederum politische Demonstrationen, die namentlich im Herbst, im Verein mit der größeren politischen Belebung während der Wahlen für die Duma, einen großen Anfang erreichten. In Petersburg allein streikten wegen eines brutalen Eingriffs der Regierung in die Wahlen 70 000 Arbeiter; der Proteststreik aus Anlaß der Todesurteile gegen die revolutionären Matrosen in Sebastopol zählte 250 000 Teilnehmer. Ingesamt streikten vom April bis Dezember aus politischen Gründen über 1 Million Arbeiter, d. h. 15mal mehr als im vorhergehenden Jahre, und fast so viel wie im Revolutionsjahre 1905. Aber während damals die politischen

Streiks die treibende Kräfte der revolutionären Periode zur Geltung brachten, konnten sie jetzt, in einer weit komplizierteren und anders gearteten Situation, nur zum Ausbruch bringen; daß die Arbeiterklasse Rußlands nach fünfjähriger Unterbrechung als politischer Machtfaktor auf dem Kampfplatz erschienen ist.

Dieser Betätigungsdrang der russischen Arbeiterklasse, der von den denkwürdigen Apriltagen 1912 ausgelöst wurde, ist seitdem in den verschiedensten Formen zur Geltung gekommen. Der politische und der wirtschaftliche Streik, die energische Beteiligung an den Dumawahlen, die intensive Beteiligung an der Einführung der Versicherungsinstitutionen, der Ausbau der sozialdemokratischen Tagespresse, die Gründung von Gewerkschaften, Genossenschaften und Bildungsvereinen und endlich der rüstig fortschreitende Wiederaufbau der sozialdemokratischen Arbeiterpartei — alle diese Momente charakterisieren die Bewegung, in die nicht vereinigte Gruppen oder Zirkel, sondern die Arbeitermassen Rußlands im letzten Jahre eingetreten sind. Klein sind noch alle diese Ansätze im Verhältnis zu den gewaltigen inneren und äußeren Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, enorm die Aufgaben, die des klassenbewußten Teiles des russischen Proletariats noch harrten, um die russische Arbeiterbewegung auf die Höhe des westeuropäischen zu heben. Aber eines steht jetzt schon fest: Keine Macht der Welt vermag die aus ihren ersten Anfängen hinausgewachsene, vom Geiste des Sozialismus befruchtete Arbeiterbewegung Rußlands aufzuhalten; keine Gewalt vermag den Ansturm zurückzuschlagen, die die in Bewegung geratenen Massen gegen die Feste der politischen und wirtschaftlichen Sklaverei führen.

Aus der Partei.

Spitzeltätigkeit in Berlin. Nach wie vor scheint die Berliner Polizei es für eine überaus wichtige Aufgabe zu halten, Sozialdemokraten durch Spitzel beschmutzen und belauern zu lassen. Einer dieser „Vertrauensmänner“, die nach der allerneuesten Meinungsäußerung eines Gerichtsvorstehenden wegen ihrer der Polizei geleisteten Dienste ganz besonderer Hochachtung wert sind, hatte den Reichstagswahlkreis Berlin IV sich zum Feld seiner Tätigkeit ausgesuchen. Dort hat er ein eigenartiges Abenteuer zu bestehen gehabt. In der Liegniker Straße fand er sich eines Sonntags bei einem Genossen J. ein, um zu hören, ob J. im sozialdemokratischen Wahlverein sei und den „Vorwärts“ lese. Als Frau J. in Abwesenheit ihres Gatten dem Fremden öffnete, erklärte ihr dieser in heimlichstimmendem Ton, daß er mit ihr nur hinter verschlossenen Türen reden könne. Sie ließ ihn ein, und nun erzählte er ihr, er müsse J., der Gewerbegerichtsbesitzer ist, zu einer Konferenz einladen. Auf die erstaunte Frage: „Von wo kommen Sie dem?“ antwortete der Geheimnisvolle: „Von oben!“ — „Ja, von wo denn?“ — „Na, vom Gewerkschaftshaus, Zimmer 72.“ — „Ich soll auch“, fuhr er plaudernd fort, „mich über ihn erkundigen. Es geht nämlich einer auf den Namen J., der steht keinen „Vorwärts“, und ist nicht im Wahlverein.“ Da Frau J. laut aufschrie, jagte er: „Lesen Sie denn den „Vorwärts“?“ — „Na, gewiß!“ — „Ist Ihr Mann im Wahlverein?“ Jetzt wurde Frau J. ruhig, und ärgerlich lehnte sie ab: „Das weiß ich nicht, darum kümmere ich mich nicht.“ Darauf zog der Besucher ein paar Wahlvereins-Mitgliedsbücher hervor: „Über die hier muß ich auch noch recherchieren. Wo wohnt der Bezirksführer?“ Frau J. nannte ihm dessen Namen und gab auch das Zahllokal an, damit er sich nach der Wohnung des Bezirksführers erkundigen könne. „Zu meinem Mann müssen Sie schon“, schloß sie, „wiederkommen, wenn er selber hier ist.“ Da empfahl sich der Besucher: „Schön! Grüßen Sie ihn nur von meinem Freund Bruns.“ Frau J.s Mißtrauen war nicht beseitigt. Kurz entschlossen ließ sie ihn nach, um den Wirt des Zahlhabendlokals in der Reichener Straße zu warnen. Sie traf nach vor dem verächtlichen Fremden ein, verständigte sich mit wenigen Worten den Wirt und konnte sich unbemerkt wieder entfernen. Der angekündigte Gast erschien. Wieder ließ er ein paar Wahlvereins-Mitgliedsbücher sehen und erzählte, daß er einen aus dem 5. Wahlkreis weggezogenen Genossen hier suchen solle. Der Wirt begnügte sich, ihm auf Verlangen die Adresse des Bezirksführers P. anzugeben. Dankend empfahl sich der Gast; auf der Straße aber schwenkte er nicht rechtsab nach der Wohnung des Bezirksführers, sondern linksab. Der Wirt, durchs Fenster ihn nachblickend, sah das Schleunigst rief er jetzt durch einen Boten den Bezirksführer P. aus seiner Wohnung herbei, und dieser lief mit einigen andern Personen durch die Reichener Straße dem Verdächtigen nach. Bei ihrem Anblick nahm der die Beine in die Hände, aber in der Grünauer Straße, nahe dem Gorki-Bahnhof, hielten sie ihn ein. Aufgefordert, zur Polizei mitzukommen, erklärte er sich hierzu bereit. An der Wendenstraße hat Genosse P. einen Schutzmännchen, die Persönlichkeit dieses Menschen festzustellen, der durch allerlei Fragen sein Mißtrauen geweckt habe. Der Schutzmännchen forschte nicht erst nach den näheren Einzelheiten, sondern schlug sofort vor, miteinander zum Polizeibureau zu gehen. Unterwegs bemerkte P., wie der Sittler dem Schutzmännchen irgendein aus der Palettasche herausgelangtes Etwas zeigte. Jetzt wünschte der Beamte zu wissen, warum er eigentlich die Persönlichkeit des Mannes feststellen solle. P. wiederholte, er habe sich verdächtig gemacht, und der Verdacht sei noch dadurch verstärkt worden, daß er die Flucht ergreifen habe. Daraufhin wurde der Weg zum Polizeibureau fortgesetzt, ohne daß der Sittler hiergegen Einspruch erhob. Das Polizeibureau befindet sich im Quergebäude eines am Leipziger Platz gelegenen Hauses. Auf dem Hof setzte plötzlich der Sittler sich in Trab, rannte voraus und verschwand in der Tür des Quergebäudes. Er war dann auch nicht wieder aufzufinden. Natürlich machte der Schutzmännchen keine besonderen Anstrengungen, um den Spitzel wiederzufangen. Die Polizei lehnte irgendwelche Untersuchungen in dieser Sache rundweg ab. Aber unsern Genossen gelang es doch, den Namen des Schurken festzustellen. Es handelt sich um den Tischler Alfred Bruns, Marienburgerstraße 33. Und wie war er in den Besitz der beiden Mitgliedsbücher gekommen, die er überall sehen ließ? Sehr einfach. Er hatte einfach sein eigenes Mitgliedsbuch und das seiner Frau zu diesem Zwecke benutzt, als „Genosse“ hat er seine Rolle jetzt ausgespielt. Am letzten Zahlabend erfolgte seine Entlassung in aller Form. Es gelang dann auch noch, eine Aufnahme von dem Ehrenmann zu machen. Die Photographie wird in die Galerie erwählter Spitzeltätigkeiten als neueste Nummer eingereiht.

Zur preussischen Landtagswahl ist als weiteres Material in der Verlagsbuchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. in Berlin ein kleiner Führer durch die preussische Verfassung erschienen. Das kleine Schriftchen enthält den Wortlaut der Verfassung und des Landtagswahlrechts; die einzelnen Bestimmungen sind mit erklärenden Anmerkungen versehen. Ein weiterer Abschnitt ist dem Herrenhaus gewidmet. Eine historische Einleitung über die Entstehung der Verfassung bietet hübsches Material zur Kenntnis der preussischen Verfassungs-geschichte. Die Broschüre kostet 30 Pf.; Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts gerichtet.

Kandidaturen für die preussischen Landtagswahlen. Auf übereinstimmenden Beschluß der Streikkonferenzen beider

Wahlkreise Ober- und Niederrhein sind für den Reichstagswahlkreis die Genossen Otto Braun, Adolf Hofer und Konrad Hansen als Kandidaten aufgestellt worden.

Zum Großblod in Baden. Auf der Landtagswahlkreis-Konferenz in Karlsruhe erklärte Genosse Dr. Frank, ein Abkommen mit den Großblodparteien sei noch nicht getroffen; endgültige Beschlüsse werde der Freitagstag Parteitag fassen. Auf alle Fälle aber werde die sozialdemokratische Partei Badens einig und geschlossen in den Wahlkampf ziehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Weiterer Rückgang der Ausperrung im Malergewerbe. Es geht weiter adwärts mit der großen Aktion der Schärfermacher des Malergewerbes. In den letzten Wochen wurden die ausperrenden Unternehmungen auf die kommenden Verhandlungen vertrieben, sodass der Rückgang der Ausperrtenziffer etwas ins Stocken zu kommen schien. Doch selbst diese Wirkung ist nicht ganz eingetreten, denn in den Tagen, an denen in Berlin verhandelt wurde, sind die Ziffern der am Kampfe beteiligten Gehilfen (Ausperrte, Streikende und Arbeitslose) von 13406 am 5. April auf 12917 am 12. April gefallen; das ist seit dem Höchststand am 15. März mit 15770 ein Rückgang um 2853. Dabei ist zu beachten, daß fortgesetzt Werkstätten aus taktischen Gründen stillgelegt werden; wäre dies nicht der Fall, so würde die Ziffer der am Kampfe Beteiligten noch weit geringer sein. Wenn demgegenüber der Unternehmerverband behauptet, seine Ziffer von 36000 sei jetzt auf 38000 gestiegen, so ist das einfach eine bewusste Fälschung der öffentlichen Meinung. So ist es auch verständlich, daß die Unternehmerführer den ihnen vom Verband der Maler angebotenen urkundlichen Beweis über die Richtigkeit der von ihm wöchentlich ermittelten Ziffern nicht angenommen haben. Ihr Zahlenschwindel würde sonst öffentlich festgestellt worden sein. Zahlreich sind jetzt die Klagen über die Verhältnisse von Sondertarifen. Am 12. April wurden 2774 Unternehmer mit 14604 beschäftigten Gehilfen ermittelt, die unter Sondertarifen, d. h. unter günstigeren Bedingungen, als die durch die Schiedsrichter normierten, arbeiten. Abgesehen von diesen erfolgten korporativen Abschlüssen arbeiten jetzt in vielen Städten fast alle Gehilfen zu neuen Bedingungen. Während dort die Ausperrungsmeister ihre Betriebe geschlossen halten, haben die unter Sondertarif arbeitenden sämtliche Ausperrten in Arbeit genommen und freuen sich über den stillen Betrieb. Unglaublich ist, was von den Unternehmerführern unter den Augen der Staatsanwälte an Terrorismus geübt wird. Die Zwangsmaßnahmen treiben ganz ungeniert Inhaftungsstrafen ein, um nichtausperrende Meister zu terrorisieren. Dabei berufen sie sich auf ihren korporativen Zusammenschluß mit dem Unternehmerverband, der aber wieder, rasch dem Obermeister der Innung und Vorsitzenden des Unternehmerverbandes meist in einer Person vereinigt sind, bei den Behörden es durchzieht, daß deren Arbeiten nur den Mitgliedern des Unternehmerverbandes übertragen werden. Sie drohen ferner Farbenhändlern, Gerüstbauanstalten usw. mit der sofortigen Entziehung der Aufträge, wenn sie nichtausperrenden Unternehmern noch Waren liefern und nicht sofort den Kredit abkündigen. Und trotz dieser Gewaltmaßnahmen das klägliche Resultat der Ausperrung. Auf diese Art wird immer vom kleinen Anfang aus, die den Kampf provozierten, die Kraft immer ausgedehnt als der Verband der Maler die Klagen. Als einziger Kampfpunkt für die Unternehmer bleibt ja jetzt nur noch der in Aussicht gestellte Ruin des Malerverbandes übrig. Die Führer der Unternehmer haben sich bei der letzten Verhandlung dem Tarifschema zugestimmt. Und da sie sich auch gegen das Verlangen der Gehilfenorganisation nichts einzuwenden vermögen, wonach es an den Schiedsrichtern nichts abzubrechen gibt und wonach dort, wo die Gehilfen infolge der ja nicht von ihnen gewollten Ausperrung bereits günstigere Bedingungen durchgesetzt haben, diese respektiert werden müssen, so muß das zwecklose ihres Kampfes wohl bald jedem Einsichtigen klar werden.

Mühlenarbeiterstreik. Die Arbeiter der Walzenmühle Stöck & Hausmann in Homberg a. Rh. haben die Arbeit niedergelegt. Als sie Forderungen einreichten, weil ihre Vorkehrungen am Lohnzulag unterbunden blieben, verlangte die Firma die Unterzeichnung eines Verweises, in welchem die Arbeiter den Austritt aus der Organisation erklären sollten. Infolge der selbstverständlichen Weigerung wurden fünf Arbeiter, die bis zu 14 Jahren im Betriebe beschäftigt sind, sofort entlassen. Gegen diesen Terrorismus erklärten sich die übrigen Arbeiter solidarisch. Zugang ist ferngehalten.

Zum Konflikt im Baugewerbe. Dem Vorschlag der Bauarbeiter, nach Abschluß der örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe die zentralen Verhandlungen fortzusetzen, haben die Parteien zugestimmt. Die Verhandlungen werden voraussichtlich am 22. d. M. im Reichstag beginnen.

Soziales.

Schiedsgericht für die Angestelltenversicherung. Das Schiedsgericht der Versicherungsanstalt für Angestellte ist unter dem 14. April bekannt. Durch Kaiserliche Verordnung vom 15. November 1912 ist auf Grund des § 153 des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 (Reichsgesetzblatt S. 959) für die Angestelltenversicherung ein Schiedsgericht in Berlin, und zwar für das Reichsgebiet, errichtet worden. Dasselbe Schiedsgericht ist die Entscheidung auch in solchen Fällen zugewiesen, in welchen es sich um Verleumdung oder deren Angehörige handelt, die außerhalb des Gebiets des Deutschen Reiches wohnen oder beschäftigt sind.

Mangelndes sozialpolitisches Verständnis der Oberverwaltungsämter. Die Haltung der Landes- und Regierungspräsidenten muß wieder einmal in ein recht helles Licht rücken, und zwar von einer Seite, von der man dies sonst nicht erwarten könnte dem preussischen Handelsminister. Dieser ist nicht in einem Urteil vom 31. März, der jetzt bekannt wird, an die Regierungspräsidenten wegen der neuen Organisation der Unternehmungen. Der Minister führt in dem Urteil aus, es sei ihm anzuerkennen, daß die Oberverwaltungsämter, wo sie die Forderung von Unternehmungen betrafen, die Forderung von einer ganz unzulässigen Herabsetzung streben. Der Minister fordert eine durch den Reichstag eingebrachte Begründung und droht: „Es werde durch die Behörden der Oberverwaltungsämter, welche diesen

Anforderungen nicht entsprechen, aufheben und die Angelegenheit zur nochmaligen Beschlussfassung an das Oberverwaltungsamt zurückverweisen.“ Der Minister sieht sich sogar genötigt, den nachgeordneten Instanzen“ öffentlich seine schärfste Mißbilligung auszusprechen. Er schreibt: „Geradezu mißbilligen aber muß ich die Gepflogenheit einzelner Verwaltungsämter, ihre Mitteilungen, Anordnungen und Entscheidungen mit dem Hinweis darauf zu begründen, daß... von mir Anordnungen getroffen seien, gegen die jedes Vorgehen aussichtslos sei.“ Die Vertreter der Herren Landräte und Regierungspräsidenten glaubten nämlich durch derartige Hinweise Beschwerden beim Minister gegen ihre Anordnungen verhüten zu können. Welchen Eindruck dies merkwürdige Verfahren bei der Bevölkerung gemacht hat, darüber äußert sich der Minister folgendermaßen: „Durch das befreundliche Verhalten mancher Verwaltungsbehörden ist in den Augen der Bevölkerung der Anschein erweckt worden, als ob die ganze Organisation der Krankenversicherung durch meine Kommissare unabänderlich festgelegt worden sei, und die Verwaltungsbehörden für ihre Entscheidungen keine Verantwortung zu tragen hätten.“ Der Minister schließt deshalb mit der Mahnung: „Ich ersuche dafür zu sorgen, daß das Oberverwaltungsamt seine Entscheidungen sorgfältig und nach sachlichen Gesichtspunkten unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften trifft und begründet.“ — Es muß schon weit gekommen sein mit der Willkür der Herren Vertreter der Landräte und Regierungspräsidenten, wenn sich der preussische Handelsminister entschließt, die Pflicht in die Öffentlichkeit anzutreten, um seinen Untergebenen Sachlichkeit und Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften einzuschärfen, wenn er „von einem befreundlichen Verhalten“ spricht und in aller Öffentlichkeit den Behörden seine Mißbilligung ausspricht. Hoffentlich ist diese etwas derbe Abfertigung von nachhaltiger Wirkung, hoffentlich auch auf anderen Gebieten der Verwaltungsbureaucratischen Tätigkeit.

Aus dem Gerichtssaal.

Über eine ungläubliche Schweinerei wird aus Kander bei Olgan berichtet: Die frühere Wächterin der dortigen Bahnhofrestauration, die Rentiere Klara Koboth, geb. v. Gabenberg, jetzt in Biegnitz wohnhaft, hat wiederholt Kaffeetassen und Biergläser zum Verarbeiten der Notdurft benutzt! Tassen und Gläser wurden nach oberflächlicher Reinigung wieder im Restaurationsbetrieb benutzt. Und diese ekelerregende Schweinerei sühnte das Gericht mit nur einem Monat Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Zu dem noch Schneestürme. In ganz Oberschlesien ist in der Nacht zum Mittwoch heftiger Schneefall eingetreten. Der Schnee liegt überall 25 cm hoch. — Infolge der heftigen Schneestürme ist in Belgrad und im Innern Serbiens eine völlige Stockung des Verkehrs eingetreten.

Zu Brand geratenes Schachtgerüst. Gestern früh 4 Uhr ist auf einer Schachtanlage der Gewerkschaft Deutscher Kaiser in Hamburg ein Schachtgerüst in Brand geraten und eingestürzt. Das Gerüst kürzte in den Schacht, wodurch die Fördereinrichtung unterbrochen und 15 Bergleute eingeschlossen wurden. Einer der 15 eingeschlossenen Bergleute wurde durch herabfallende Balken getötet. Vier Bergleute haben geringfügige Verletzungen erlitten. Die anderen sind unverfehrt geborgen worden.

2 Arbeiter überfahren. Auf dem Bahnhof in Wesel wurden zwei Kottenarbeiter durch einen einfahrenden Zug überfahren und getötet.

Aufgeklärt. Ein Brand in der bekannten Mechanischen Weberei von Heinze u. Sohn in Gartzberg bei Zittau hat eine überraschende Aufklärung gefunden. Die Baugener Staatsanwaltschaft hatte festgestellt, daß Brandstiftung vorzuliegen hat. Um in den Besitz der hohen Versicherungssumme zu gelangen, hat Heinze unter Mithilfe seiner Frau und seines Sohnes in der Nacht zum 20. März das Feuer angelegt. Heinze wurde verhaftet und zusammen mit seinem Sohne in das Baugener Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Frau Heinze ließ man auf freiem Fuß.

Typhus. In dem Städtchen Gossau sind 5 Familien mit 27 Personen nach dem Genuß von Käse, der auf dem Wochenmarkt gekauft worden war, lebensgefährlich an Typhus erkrankt. Die zuständigen amtlichen Stellen nehmen an, daß in der Familie, in der der Käse bereitet wurde, Typhus herrschte.

Der Flug Paris-Berlin gelungen! Bereits im vorigen Jahre verließen mehrere französische Piloten, die Strecke Paris-Berlin an einem Tage zurückzulegen. Die Versuche mißlingen, wenn es auch Audemars gelang, binnen zwei Tagen Berlin zu erreichen. Am Mittwoch unternahm abermals zwei französische Piloten den Versuch: Audemars und Darcourt. Audemars hatte auch diesmal Best. Nach einer Zwischenlandung in Metzies erreichte er zwar kurz vor 11 Uhr den Flugplatz Wanne, jedoch sah er sich durch die starken Bienen verhindert, den Weiterflug nach Berlin fortzusetzen. Nach einigen Proberrunden gab er um 4 Uhr nachmittags das Unternehmen auf, um am Donnerstag die zweite Hälfte der Strecke hinter sich zu bringen. Mehr Glück als der Morane-Saulnier-Pilot Audemars hat jetzt Konstantin, der Dorel-Piloter Darcourt, der am Mittwoch um 6 Uhr von Versailles aus aufgestiegen war, um über Bütlich Berlin zu erreichen. Nach Zwischenlandungen in Lüttich und Hannover traf er um 6 Uhr 29 Minuten glücklich auf dem Flugplatz Johannisthal ein.

Eine Fabriktragedie. Aus Warschau wird berichtet: Zwischen den Meistern und den Arbeitern einer Baumwollfabrik ist es wegen der Lohnherabsetzung zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Zwei Personen wurden erschossen und vier verwundet. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Von der Schröder-Stranz-Expedition. Die Zeitung „Advent-Tag“ in Christiana meldet: aus Gren Harbour vom 15. d. Mts. telegraphisch: Nord und die Brüder Julius und Jürgen Jensen sind am Montag hier angekommen. Stenon ist mit Kaptein Stranz nordwärts weitergegangen. Nord erzählt, daß er nach der Verabschiedung von Nütlicher

am 19. Dezember mit Eberhard und Stenon nach Norden abgegangen sei. Eberhard habe sich bei Vongenhof verirrt, und sich trotz aller Nachforschungen und Abfeuern von Gewehrflüssen nicht wiedergefunden. Nach ununterbrochenem zwölfstündigem Marsche bei strenger Kälte hätten sie beide stark erschöpft eine Hütte in Moulshay erreicht, welche ohne Ofen und Fenster gewesen sei. Hier hätten sie drei Stunden auf Eberhard gewartet. Da sie nur Beumikan hatten, schlecht gekleidet waren und das Wetter unzuverlässig gewesen ist, hätten sie nicht weiter als bis Treuerenbucht gehen dürfen. Die beiden Deutschen, Dr. Detmers und Dr. Möfer, seien zum letzten Male am 2. Oktober südlich von Stenlehoof auf dem Marsche südwärts mit Schlitten und Hunden gesehen worden. Rotvold und die Brüder Jensen gebrauchten elf Tage, darunter sechs Marschtage, um von dem Schiffe in der Treuerenbucht nach der Adventbay zu gelangen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Ein Anflug.

Auf ministerielle Anweisung wird jetzt in vielen Orten Deutschlands eine Verordnung erlassen, die die Bekanntgabe der Aufgebote und Geburten-Registrierung durch Aushängen sowie durch Veröffentlichung der standesamtlichen Nachrichten in den Zeitungen verbietet, um den Handel mit Mitteln zur Verhütung der Konzeption entgegenzuwirken. Diese Verordnung wird nun, wie noch so viele andere, in der größten Weise umgangen und bringt mich auf einen Nebenstand, der hier in Lübeck ganz besonders groß ist. Bestellt hier jemand morgens sein Aufgebot, so hat er mit föhlicher Sicherheit im Laufe des Nachmittags den Besuch von vier Möbelfabrikanten, sechs Versicherungsagenten, zwei Garderobenonkeln, einem Kinderwagenlieferanten usw. und empfängt mindestens drei Duzend Offerten aller Branchen. Ähnlich ist es auch bei Anmeldung von Familienzuwachs. Wie ist es nun möglich, daß die genauen Adressen so schnell in die Hände der Lieferanten kommen? Das kann doch nur einzig und allein durch die betreffenden Beamten geschehen, welche die Adressen an Interessenten abgeben. Man muß sich wundern, daß die Adressenabgabe den Beamten gestattet ist. Hoffentlich tragen diese Jellen dazu bei, daß diesem Anflug ein schnelles Ende bereitet wird. W. D.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 16. April.
Bauern-Butter Pfd. 1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Käse 0,00 Mk., Enten 0,00-0,00 Mk. Stücker 2,00-3,00 Mk., Küken Stück — Mk., Lauben Stück 60-70 Pf., Gänse Pfd. Pfg., Schinken Pfd. 1,15-1,20 Mk., Schweinestopf pr. Pfd. 60-70 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,30-1,60 Mk., Tier Eid. 6/4-7 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pfg., Blumenkohl der Kopf 20-50 Pfg., Rirschen, helle, Pfd. — Pfg., eingeschickte, Pfd. — Pf., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portions-schleie Pfd. 1,60, größere Pfd. 1,40 Mk., Karpfen, größere Pfd. — Mk., kleinere — Pfg., Mal, große Pfd. 0,00-0,00 Mk., mittlere Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 70-75 Pfg., mittel 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. 60-70 Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Mand Pfd. 60 Pfg., Rotaugen, große Pfd. 30-40 Pfd., kleine Pfd. 20 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg., Salzwasserfische: Dorsche, lebende Pfd. — Pfg., frische Pfd. 30-35 Pfg., Butte, größere Pfd. 40 Pfg., kleinere 25 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. — Pfg.

Getreidepreise. Lübeck, 16. April 1913.
gering mittel gut
Mk. Mk. Mk.
Weizen 17,50-18,75
Roggen 14,00-15,00 15,50-15,80 16,00-16,50
Gerste, nach Qualität 15,00-15,50 15,60-16,00
Hafer, nach Qualität 13,50-14,50 15,00-16,70
hochfein über Notiz, per 100 kg.

Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Samburg, 16. April.
1. Klasse 665 Drittel zu 119,42 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 42 „ „ 112,92 Mk. „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 16. April.
Auftrieb 1110 Schweine. Markt sehr schlant geräumt. Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebensetzender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:
Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 68,— (— bis 54,50), mittelschwere Ware, von 240-260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 68,— (— bis 54,50), Mittelware, von 200-240 Pfd., Tara 22 Proz., 70,— bis 70,50 (54,50 bis 55,—), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., — bis 70,— (— bis 54,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 64,00 bis 68,00 (48,50 bis 51,—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 60,— bis 64,50 (50,50 bis 51,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 60,00 bis 62,00 (47,00 bis 48,50).

Briefkasten.
Mehrere Streikende. Die Maifester fand in den Jahren 1909 und 1910 in Worsling statt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Besleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Hauswerfer und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Die Hauptmarke „Unsere Marine“ Die beste PEG 2 Cigarette
GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
Grösste deutsche Cigarettenfabrik